

PRIF REPORT

PEACE RESEARCH INSTITUTE FRANKFURT / LEIBNIZ-INSTITUT HESSISCHE STIFTUNG FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG



DANIEL MULLIS // PAUL ZSCHOCKE

**REGRESSIVE POLITIKEN UND DER
AUFSTIEG DER AFD –
URSACHENSUCHE IM DICKICHT EINER
KONTROVERSEN DEBATTE**



PRIF Report 5/2019

REGRESSIVE POLITIKEN UND DER AUFSTIEG DER AFD – URSACHENSUCHE IM DICKICHT EINER KONTROVERSEN DEBATTE

DANIEL MULLIS // PAUL ZSCHOCKE

LEIBNIZ-INSTITUT HESSISCHE STIFTUNG FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG (HSFK)
PEACE RESEARCH INSTITUTE FRANKFURT (PRIF)

Coverbild:

© Mullis/HSFK

Textlizenz:

Creative Commons CC-BY-ND 4.0 (Namensnennung/Keine Bearbeitungen/4.0 International).
Das Coverbild unterliegt eigenen Lizenzbedingungen.



Adresse:

Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)
Baseler Straße 27–31
60329 Frankfurt am Main
Telefon: +49 69 95 91 04-0
E-Mail: mullis@hsfk.de, zschocke@hsfk.de
<https://www.hsfk.de>

ISBN: 978-3-946459-47-7

Im Oktober 2018 zog die *Alternative für Deutschland* (AfD) mit 13,1% bzw. 10,2% in die Landtage von Hessen und Bayern ein. Zum ersten Mal in der deutschen Nachkriegsgeschichte ist damit eine extrem rechte Partei zugleich in allen Landesparlamenten, dem Bundestag und dem Europaparlament vertreten. Die Konsolidierungsprozesse in den Wahlen zum Europaparlament sowie zu den Landtagen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen des Jahres 2019 deuten darauf hin, dass die Partei das politische Gefüge in Deutschland nachhaltig verändert hat.

Der Aufstieg der AfD ist kein isoliertes Phänomen, das am Rande der Gesellschaft stattfindet, und mit Protestwahl haben ihre Erfolge ebenfalls wenig zu tun. Er entspringt regressiven Tendenzen in der Gesellschaft und basiert auf tief verwurzelten ausländerfeindlichen und rassistischen Einstellungen in ihrer Mitte. Mit regressiven Tendenzen bezeichnen wir im Anschluss an Étienne Balibar und Immanuel Wallerstein die Ausweitung einer politischen Praxis, die auf der Verteidigung und Ausweitung exklusiver Privilegien basiert; Politiken also, die eher das Trennende als das Gemeinsame, Exklusion und Abwertung des Anderen anstelle von Inklusion betonen, die die Maximierung des Nutzens für die Einzelnen statt gesellschaftlicher Solidarität forcieren.

In diesem Report diskutieren wir Beiträge aus der Rechtsextremismus-Forschung, der Einstellungsforschung sowie den Gesellschaftswissenschaften, die sich in den letzten Jahren mit regressiven Politiken befasst haben. Wir beziehen uns auf deutschsprachige Beiträge, die Debatte wird aber international geführt. Regressive Entwicklungen sind längst nicht auf Deutschland beschränkt. Der Wahlerfolg von Donald Trump in den USA, das Brexit-Votum in Großbritannien, die Erfolge des *Rassemblement National* in Frankreich oder der Partei von Victor Orban in Ungarn, der PiS in Polen, aber auch der Lega in Italien deuten in ähnliche Richtungen.

Vor dem Hintergrund unserer eigenen Forschung im Projekt „Alltägliche politische Subjektivierung und das Erstarken regressiver Politiken“ plädieren wir in diesem Report dafür, lokal situierte Analysen, also den Blick ‚von unten‘ zu stärken. In der Diskussion bisheriger Beiträge zum Erstarken regressiver Politiken ziehen wir *drei grundlegende Schlüsse*:

Erstens: Die AfD hat sich seit ihrer Gründung ideologisch gewandelt und zuletzt ihr latent vorhandenes chauvinistisches, antifeministisches und rassistisches sowie bisweilen völkisches und antisemitisches Profil deutlich nach außen gekehrt. Insofern ist es unzureichend, die Partei als „rechtspopulistisch“ zu verorten. Das verkennt die harten ideologischen und klar extrem rechten und autoritären Elemente, die die Partei heute ausmachen. Wir folgen Wilhelm Heitmeyers Analysen (2018: 234f), der das ideologische Gebäude der Partei als „autoritären Nationalradikalismus“ beschreibt. Zuletzt wurde deutlich, dass die AfD bei ökonomisch marginalisierten sowie bei ehemaligen Nichtwähler_innen punktet, sie ist aber auch eine Partei der „rohen Bürgerlichkeit“ (Heitmeyer 2018: 293–314; Koppetsch 2019: 205–232). Einend ist die Ablehnung kosmopolitischer und pluralistischer Lebensweisen sowie der Zuwanderung.

Zweitens: Regressive Entwicklungen, wie der Erfolg der AfD sie anzeigt, sind entgegen vorherrschender politischer und medialer Deutungen weder exklusiv ein Problem der neuen Bundesländer noch eines ländlicher Regionen. So sind auch in urbanen Ballungsräumen Stadtteile auszumachen, in denen die AfD oder extrem rechte soziale Bewegungen Fuß fassen. Studien, die den Zuspruch zur

AfD bei Wahlen mit Strukturvariablen abgleichen, verdeutlichen, dass in Ost und West sowie Stadt und Land solche Gegenden, die sozial und demographisch ähnlich aufgestellt sind, auch ähnliche Wahlergebnisse zeigen. Unterschiede zwischen den Regionen scheinen auf differenzierte Muster von sozialer, demographischer und ökonomischer Ungleichheit zu verweisen. Gründe und Ursachen dieser Muster müssen systematisch aufgearbeitet werden. Der territorialisierende Blick auf West/Ost und Stadt/Land verstellt aber genau diesen offen suchenden Zugang. Das Erstarken regressiver Politiken zu territorialisieren bedeutet auch, der extremen Rechten die Vorherrschaft über ganze Räume zuzusprechen. Die Bestrebungen zivilgesellschaftlicher Akteur_innen, die sich solchen Entwicklungen entgegenstellen, werden damit geschwächt.

Drittens: In den Gesellschaftswissenschaften besteht weitestgehend Einigkeit darüber, dass regressive Politiken Resultat von Globalisierungs- und Neoliberalisierungskrisen sind. Uneinigkeit herrscht hinsichtlich der Frage, wie sozioökonomische mit kulturellen bzw. identitätspolitischen Faktoren zusammenhängen; und wie in diesem Kontext Migration und Zuwanderung bewertet werden. Auf der einen Seite gelten ökonomischer Abstieg, Prekarisierung und soziale Verunsicherung als treibende Prozesse; auf der anderen das Aufbegehren gegen Pluralisierung, Gleichstellungspolitiken, Zuwanderung und den Verlust (vermeintlich) eindeutiger Identitäten. Lokal fokussierte Studien zeigen hierbei, dass dichotome Betrachtungen nicht tragen: Es sind ökonomische *und* kulturelle Faktoren, die in ihrer Interaktion regressive Tendenzen befördern. Jedoch gelingt es bisherigen Analysen nicht, die Frage zu beantworten, warum regressive Politiken gerade jetzt erstarken.

Auf Grundlage der vorliegenden Befunde machen wir folgende fünf Forschungslücken aus:

- Gerade in gesellschaftswissenschaftlichen Analysen werden mit Abstieg, Entdemokratisierung und Rassismus bekannte Aspekte angesprochen. Offen bleibt die Frage ‚Warum gerade jetzt?‘. Es muss geklärt werden, was sich konkret verändert hat und regressive Politiken gerade jetzt durchbrechen lässt.
- Forschung zum Thema blickt meist ‚von oben‘ auf Gesellschaft und Subjekte. Es bedarf einer Forschung, die gesellschaftliche Transformation von ‚unten‘ nach ‚oben‘ durcharbeitet, indem sie Wahrnehmungen von Gesellschaft und kollektive Identitätsbilder erhebt.
- Viele Arbeiten basieren auf quantitativen Studien. Sie vermögen also nicht die Prozesse politischer *Willensbildung* darzustellen, sondern lediglich deren Ergebnis. Wie werden soziale Erfahrungen in Politik übersetzt? Hier mangelt es an qualitativer Sozialforschung.
- Es fehlt an Forschung, die an konkrete Orte geht und die Formierung von Gesellschaft als je lokalisierte Praxis betrachtet.
- Es bedarf Forschung, die qualitativ von lokalen Settings aus, Gesellschaft als Ganzes in den Blick nimmt. Forschung, die nicht im ‚Lokalen‘ verharrt, sondern lokalisierte Settings als Produkt gesamtgesellschaftlicher Auseinandersetzungen versteht und somit Alltagshandlungen genauso wie Herrschaftspraxen und hegemoniale Ordnungen in ihren komplexen sowie wechselseitigen Beziehungsgeflechten betrachtet.

In Bezug auf die aktuelle Forschung sowie vermittelt durch eigene erste Forschungsergebnisse erachten wir hierbei die Dimensionen Abstieg, Entdemokratisierung, soziale Lage und Rassismus als zentral für eine entsprechende Analyse.

1. Einleitung	1
2. Der Aufstieg der AfD und politische Einstellungen	3
2.1 Der Aufstieg der AfD und ihr Kurs nach rechts	3
2.2 Politische Einstellungsmuster – wer wählt die AfD?	4
3. Räumliche Repräsentation von AfD-Erfolgen und analytische Fallstricke	6
3.1 Die Ost-West-Fokussierung geht am Problem vorbei	6
3.2 Die Stadt-Land-Polarisierung – „Rache der Dörfer“?	10
3.3 Unbeachtete urbane Spaltungen	11
3.4 Problematische Territorialisierung	13
4. Erklärungsversuche zwischen Klassenlage und kultureller Polarisierung	13
4.1 Abstiegs-gesellschaft und Brüche der neoliberalen Globalisierung	14
4.2 Politische Ökonomie und die soziale Lage	17
4.3 Regressive Identitätspolitik und der neue Zorn	19
4.4 Lokalisierte Forschung	22
5. Plädoyer für einen Blick ‚von unten‘	25
5.1 Kritische Würdigung und Forschungslücken	25
5.2 Abstieg, Entdemokratisierung, soziale Lage und Rassismus	26
Literatur	30

1. EINLEITUNG

An vielen Orten der Welt ist der Aufstieg nationalistischer und exkludierender Politiken¹ zu beobachten, so auch in Deutschland. Dafür stehen das vermehrte Auftreten rechter sozialer Bewegungen und die anhaltend hohe Zahl an schweren Gewalttaten bis hin zu Tötungsdelikten mit extrem rechtem Tatmotiv (BMI 2019). Ein weiterer bedeutsamer Indikator sind Konstituierung und Erstarken der Partei *Alternative für Deutschland* (AfD). Die Entwicklungen sind sowohl Effekt als auch weiterer Antrieb tiefer gesellschaftlicher und politischer Veränderungen (vgl. Geiselberger 2017; Heitmeyer 2018; Koppetsch 2019; Mishra 2017; Nachtwey 2016; Reckwitz 2017). Von einem Rechtsruck der Gesellschaft als Ganzes kann dennoch nicht die Rede sein. Zu beobachten ist eher eine Polarisierung: auf der einen Seite die erstarkende extreme Rechte, auf der anderen Mobilisierungsgewinne einer linken, an Ökologie, soziale Gerechtigkeit und Gleichberechtigung orientierten Zivilgesellschaft. Dafür stehen etwa Blockupy im Kontext der europäischen Austeritätspolitik, Fridays for Future im Hinblick auf Klimapolitik oder die Seebrücke-Bewegung und #unteilbar, die für menschenrechtsorientierte Migrationspolitiken eintreten.

Kurz, der Aufstieg der AfD und das immer selbstbewusstere Auftreten extrem rechter Akteur_innen ist kein Phänomen, das am gesellschaftlichen Rand stattfindet (Decker/Brähler 2018; Zick et al. 2019). Geiselberger (2017: 9) bezeichnet die Entwicklung als „große Regression“, die Gesellschaft als Ganzes betrifft. Damit meint er, „dass in unterschiedlichen Bereichen Sperrklinkeneffekte außer Kraft gesetzt scheinen und wir Zeugen eines Zurückfallens hinter ein für unhintergebar erachtetes Niveau der ‚Zivilisiertheit‘ werden“. Regression steht hier für weit mehr als für Erfolge extrem rechter Parteien: Es geht um die latente Aushöhlung von Grundrechten, Verschiebungen im Bereich des Sagbaren und um verstärkte Präsenz von Nationalismus, Abschottungswünschen und autoritären Politikvorstellungen in weiten Teilen der Gesellschaft, d.h. eine gewisse Normalisierung extrem rechter Narrative und Einstellungen (Küpper et al. 2019: 188–192). So finden etwa Auseinandersetzungen um die Positionierung in Sachen Immigration nicht nur *zwischen* Parteien, sondern auch *innerhalb* aller Parteien statt – wenn auch in unterschiedlicher Intensität.

Der Begriff der Regression birgt jedoch Fallstricke. Er suggeriert, extrem rechte Politiken als ewig-gestrig und archaisch darstellen zu können (vgl. Koppetsch 2019). Dies ist falsch, da die Entwicklungen aktuell auf eine grundlegende Transformation von Gesellschaft abzielen und auf Erfahrungen im Hier und Jetzt basieren. Wir stehen also nicht vor einer Rückkehr des Gestern, sondern vor einem regressiven Heute.

Der Begriff der Regression benennt indessen eine spezifische Ausrichtung von Politik. Étienne Balibar unterscheidet im Dialog mit Immanuel Wallerstein zwischen Politiken, die auf *Ausweitung*

¹ Wir sprechen bewusst von Politiken. Wir möchten damit anzeigen, dass politische Praxis nie homogen ist und auf vielfältigen, differenten und bisweilen widersprüchlichen Prozessen basiert. Auch die von uns hier fokussierten nationalistischen und exkludierenden Praxen, haben zwar einen gemeinsamen Nenner, werden aber von sozialen Bewegungen, Einzelakteur_innen und Parteien in unterschiedlicher Weise, mit unterschiedlicher Reichweite und aus unterschiedlichen Gründen vorangetrieben. Um diese nicht uniform intendierte Richtung von Praxis zu benennen, sprechen wir von Politik im Plural.

von Rechten basieren, und solchen, die auf Privilegien beharren (Balibar/Wallerstein 1990: 271). Wenn zuvor ausgeschlossene und marginalisierte Gruppen ihr Recht auf Teilhabe und Anerkennung einfordern, stoßen sie fast immer auf den Widerstand derjenigen, die sich als bereits „Etablierte“ im Vorrecht sehen (Elias/Scotson 2002 [1965]). Heute, so stellen wir fest, werden zunehmend regressive Positionen nicht ‚nur‘ als Widerstände gegen progressive Bestrebungen in Anschlag gebracht, sondern Forderungen nach Bewahren und Erhalten von Privilegien selbst zur proaktiven Programmatik. In diesem Sinne bezeichnen wir Politiken als regressiv, die vermeintlich exklusive Rechte verteidigen, dafür andere gezielt ausschließen und herabsetzen und so für ein gesellschaftliches Projekt werben, das mit pluralistisch-demokratischen Prämissen bricht.

Dieser Report entspringt Arbeiten an unserem Forschungsprojekt „Alltägliche politische Subjektivierung und das Erstarken regressiver Politiken“. Wir untersuchen je zwei Stadtteile von Frankfurt am Main – Nied und Riederwald – und von Leipzig – Grünau und Schönefeld –, die nach sozial-ökonomischen Daten als marginalisiert gelten, und in denen die AfD zur Bundestagswahl 2017 Erfolge verbuchen konnte. Dort gehen wir mittels qualitativer Interviews und ethnographisch inspirierter Methoden der Frage nach, was die alltägliche Vergesellschaftung ausmacht, was Krisenerfahrungen sind und wie diese in politische Praxis übersetzen (vgl. Mullis 2019; Zschocke 2019).

In diesem Report stellen wir aktuelle Debatten zu Ursachen und Dynamiken des Aufstiegs regressiver Politiken in Deutschland ins Zentrum – namentlich in Form von Wahlerfolgen der AfD. Im ersten Kapitel beleuchten wir die Forschung zu Rechtsextremismus und Einstellungen explizit mit Fokus auf die AfD und ihre Klientel. Anschließend betrachten wir Muster der räumlichen Polarisierung, wie sie für die AfD meist mit Verweis auf Ost-West- und Stadt-Land-Unterschiede diskutiert werden. Im dritten Kapitel gehen wir auf aktuelle Debatten in den Gesellschaftswissenschaften ein. Hier steht der Widerstreit von Positionen im Fokus, die den Aufstieg regressiver Politikangebote einerseits mit sozio-ökonomischen Faktoren und andererseits mit identitätspolitischen Verschiebungen bzw. kulturellen Faktoren erklären.

In der Gesamtschau der Debatten machen wir jedoch eine zentrale Leerstelle aus: Empirisch fundierte Antworten auf die Frage, warum gerade jetzt regressive Politiken derart erstarken und gesellschaftlichen Rückhalt finden, können wir kaum ausmachen. Forschung zur Formierung der AfD leistet etwa hervorragende Arbeit darin, Programmatik und ideologische Wurzeln offenzulegen; sie vermag aber nur bedingt zu begründen, warum die AfD im Vergleich zu ähnlichen Vorläufern (etwa Republikaner oder NPD) so viel erfolgreicher ist. Die Einstellungsforschung ihrerseits gibt wichtige Hinweise auf die gesellschaftliche Stimmungslage und weist auf Kontinuität ausländerfeindlicher und extrem rechter Einstellungen in Deutschland hin. Wenn es aber darum geht, die Konstitutionsbedingungen solcher Einstellungen und ihre Verschränkungen mit sozialer Lage zu diskutieren, wird gern auf theoretische Konzepte verwiesen, statt empirische Forschung anzustrengen. Debatten in den Gesellschaftswissenschaften verweisen ähnlich verallgemeinernd auf politische Implikationen von Globalisierung und Neoliberalisierung; der Streit über eher ‚ökonomische‘ oder ‚kulturelle‘ Faktoren ist aber auch oftmals polarisierend zugespitzt – im Sinne von Denkschulen – und weniger von konkreter empirischer Forschung inspiriert. Dabei deuten die wenigen lokalisierten und qualitativen

Studien, die vorliegen darauf, dass kulturelle und ökonomische Prozesse so komplex verschränkt sind, dass eine eminente Lücke im Verständnis genau dieser Wechselwirkungen besteht.

Es braucht daher ein verstärktes Augenmerk empirischer Forschung auf konkrete soziale Praxis an beobachtbaren Orten. Im abschließenden Kapitel, werden wir daher, von eigenen ersten Befunden ausgehend, Forschungslücken konkretisieren. Wir betonen dabei, dass die Dimensionen Abstieg, Entdemokratisierung, soziale Klasse und Rassismus wechselseitig und mit Blick auf die Verankerung auf je unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen befragt werden müssen.

2. DER AUFSTIEG DER AfD UND POLITISCHE EINSTELLUNGEN

Noch nie seit dem Ende des Nationalsozialismus war in Deutschland eine extrem rechte Partei so erfolgreich wie die AfD. Die Partei markiert einen politischen Dammbbruch: Extrem rechte Einstellungsmuster sind nicht mehr ‚bloß‘ weit verbreitet, sondern salonfähig und wählbar geworden (Decker/Brähler 2018; Zick et al. 2019). Wir beobachten seit einiger Zeit eine Normalisierung der Präsenz extrem rechter Akteur_innen in der medialen und politischen Öffentlichkeit sowie mancherorts im alltäglichen Leben. Auch die Wahlerfolge der AfD bedeuten weit mehr als Sitze im Parlament: Sie eröffnen Gelder für Mitarbeitende sowie Zugriff auf staatliches Wissen und Ressourcen. Zudem werden, im sehr wahrscheinlichen Fall des Wiedereinzugs der AfD in den Bundestag im Jahr 2021, der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung öffentliche Mittel für politische Bildungsarbeit, Wissenschaftsförderung und Vergabe von Stipendien zufließen. Sie wird damit eine umso stärkere Kraft im politischen und gesellschaftlichen Alltag werden können.

2.1 DER AUFSTIEG DER AfD UND IHR KURS NACH RECHTS

Die AfD wurde 2013 als neoliberal-konservative und sozialstaatsfeindliche „Anti-Euro-Partei“ gegründet (Weiß 2017: 83). Angesichts der sogenannten Flüchtlingskrise fokussierte die Partei ab 2015 zunehmend auf Abwehr von Zuwanderung. Im Juli 2015 wurde der neoliberal-konservative Flügel entmachtet, und die völkisch-nationale Fraktion trat ihren „Siegeszug“ an (Weiß 2017: 144). Im Laufe der Zeit hat die Partei das latent vorhandene chauvinistische, antifeministische und rassistische sowie bisweilen völkische und antisemitische Profil deutlich nach außen gekehrt (vgl. Häusler 2018; Merkel/Richter 2018; Salzborn 2017; Wildt 2017).

Bei den Bundestagswahlen 2013 verpasste die Partei den Einzug ins Parlament mit 4,7% nur knapp; vier Jahre später zog sie – trotz oder gerade wegen ihres geschärften extrem rechten Profils – mit 12,6% der Stimmen als drittstärkste Kraft in den Bundestag. 2016 feierte die Partei Erfolge in den Landtagswahlen von Baden-Württemberg (15,1%), Rheinland-Pfalz (12,6%) und Sachsen-Anhalt (24,3%). Seit den Landtagswahlen 2018 in Bayern (10,2%) und Hessen (13,1%) ist zum ersten Mal seit 1945 eine Partei rechts der CDU/CSU in allen Parlamenten auf Landes- sowie Bundesebene und auch im EU-Parlament vertreten. Die Wahlen in Brandenburg (23,5%), Sachsen (27,5%) und Thüringen

(23,4%) im Herbst 2019 verdeutlichten zudem, dass die Partei die Mehrheitsverhältnisse gerade in den neuen Bundesländern nachhaltig verschiebt.

Um Programmatik und Auftreten der AfD zu beschreiben, ist Rechtspopulismus der geläufigste Begriff (vgl. Häusler 2018; Manow 2018; Koppetsch 2019). Damit wird die AfD als deutsche Ausprägung einer Entwicklung diskutiert, die in vielen europäischen Ländern schon länger zu beobachten ist: die Modernisierung der extremen Rechten (Decker 2006; Häusler 2016). So stehen weniger harte ideologische Vorstellungen von Partei, Führung und Herrschaft im Zentrum, sondern ‚dünne‘ ideologische Leitlinien, die zum Erfolg führen sollen (Mudde/Kaltwasser 2017: 6). Zentrale Elemente dieser ‚dünnen Ideologie‘ sind die Zweiteilung der Welt in Volk und Elite sowie der exklusive Volksbegriff, so Cas Mudde und Cristóbal Kaltwasser (2017: 20).

Der Populismusbegriff ist jedoch umstritten. Er reduziert, so der Vorwurf (Feustel/Bescherer 2018; Heitmeyer 2018), politische Phänomene auf Fragen der Form und Darstellungsweise, ist normativ abwertend und zugleich abstrakt. In der deutschen Debatte erscheint zudem der Begriff des Rechtspopulismus als Synonym für eine Art *Rechtsextremismus* ‚light‘ verwendet zu werden. Wo die Grenze gezogen wird und wie ein ‚akzeptables‘ Maß extrem rechter Ideologie und Praxis bestimmt werden soll, ist völlig unklar. Aus diesen Gründen verwirft Wilhelm Heitmeyer (2018: 234f) den Begriff des Rechtspopulismus als Bezeichnung für die Programmatik der AfD. Stattdessen bestimmt er diese als „autoritären Nationalradikalismus“, zumal sich die Partei seit 2015 ideologische Elemente angeeignet hat, die erstens auf autoritären Vorstellungen von Ordnung und Führung basieren; zweitens nationalistisch aufgeladen und völkisch sind; und die drittens auf eine radikale Transformation der liberalen Demokratie abzielen, wofür gezielt rassistische Ressentiments sowie Freund-Feind-Schemata mobilisiert werden.

2.2 POLITISCHE EINSTELLUNGSMUSTER – WER WÄHLT DIE AFD?

Die Analyse von Parteien und deren Programmatik reicht nicht aus, um regressive Politiken und deren Erstarken zu verstehen (Heitmeyer 1994b: 11). Diese Vorgehensweise tendiert dazu, das Erstarken extrem rechter Einstellungen auf erfolgreichen Ideologietransfer bzw. erfolgreiche Verführung ansonsten unschuldiger Massen zu reduzieren. Langzeitstudien wie die „Leipziger Mitte-Studie“ (seit 2002, erscheint seit 2018 als „Leipziger Autoritarismus-Studie“) und „Deutsche Zustände“ (2002–2011) sowie Studien in deren Anschluss setzen somit an der gesellschaftlichen Nachfrage an. Seit Mitte der 2000er Jahre sind zwei Tendenzen hervorzuheben: Einerseits wird die Bevölkerung in Deutschland liberaler gegenüber vielfältigen Lebensweisen. Andererseits nimmt die Abwertung von Muslimen, Romnja und Sintizza, Geflüchteten sowie von Langzeitarbeitslosen zu (Zick et al. 2019: 79–84). Die Befunde verdeutlichen, dass fremdenfeindliche und antisemitische Vorurteile, Konkurrenzdenken und autoritäre Einstellungen deutlich selbstbewusster vorgetragen werden: ‚manifest ausländerfeindliche‘ Einstellungen teilen jüngsten Erhebungen zufolge 24,1% (Ost: 30,9% / West: 22,3%) der Befragten. Zwischen 2002 und 2014 sank dieser Wert tendenziell, steigt seither aber wieder (Decker et al. 2018a: 83). In den Studien wird ferner ein weit verbreitetes Gefühl politischer Ohnmacht und des Ausschlusses aus demokratischer Mitbestimmung offenkundig (Decker et al. 2018a: 98).

Insgesamt schreitet die Polarisierung der Gesellschaft voran (Decker/Brähler 2016): Gewachsen sind jene Milieus, in denen positiv auf Demokratie Bezug genommen wird und Vorurteile sowie autoritäre Aggression schwach ausgeprägt sind. Gleichzeitig haben in den Kreisen, auf die dies nicht zutrifft, die Ablehnung der Demokratie sowie der Wunsch nach autoritärer Führung deutlich zugenommen. Oliver Decker und Elmar Brähler (2016) verweisen darauf, dass die Stärkung der Milieus, in denen Demokratie befürwortet wird, nicht darüber hinwegtäuschen sollte, dass autoritäre Mechanismen auch in diesen Wirkung entfalten. Mit Verweis auf Theodor Adornos (2017 [1950]) „Studien zum autoritären Charakter“ beobachten Decker et al. (2018b) sodann ein neues autoritäres Syndrom. Dies machen sie etwa daran fest, dass heute fast 65% der Befragten der Aussage zustimmen, dass „Unruhestifter [...] deutlich zu spüren bekommen“ sollen, dass sie in der Gesellschaft „unerwünscht sind“, etwas mehr als 23% „wichtige Entscheidungen [...] Führungspersonen überlassen“ wollen und rund 40% die Einhaltung bewährter Konventionen fordern sowie dass diese nicht in Frage zu stellen seien (Decker et al. 2018b: 121).

Des Weiteren ist die starke Verbreitung von Wettbewerbs- und Konkurrenzdenken belegt, was den Nährboden für ausländerfeindliche und rassistische Einstellungen zu bereiten scheint (Hövermann/Groß 2016: 167f; 177–180): Die verschärfte Konkurrenz um Ressourcen und die Zuwendungen des Staates würden in autoritäre Reflexe und kollektive Abwertung von Gruppen umschlagen, die den eigenen Status ‚von unten‘ her kommend bedrohen. Die Langzeitstudien verdeutlichen, dass autoritäre und ausländerfeindliche Einstellungen lange vor dem Aufstieg der AfD in der ‚Mitte der Gesellschaft‘ ihren Platz hatten und der Erfolg der Partei keinesfalls als ein Ausrutscher, Effekt von Verführung oder Protest zu interpretieren ist (Heitmeyer 2018: 327).

Das Klientel, das sich von der AfD angesprochen fühlt, ist heterogen und hat sich über die Jahre verändert. Vor den Bundestagswahlen 2017, also die Zeitspanne, auf die sich die meisten im Folgenden zitierten Studien berufen, war die Basis der AfD fast zu zwei Dritteln männlich und im Schnitt rund 46 Jahre alt – zum Zeitpunkt der Befragung nach den Grünen (42 Jahre) das zweitjüngste Klientel (Brähler et al. 2016: 69–71). Diese Tendenz setzte sich in den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen 2019 fort. Für Sachsen hebt Horst Kahrs (2019: 13) jedoch hervor, dass der Zuspruch junger Menschen zu extrem rechten Parteien seit 2004 konstant bei ca. einem Fünftel liegt. Etwas weniger als die Hälfte derer, die sich bei der Befragung 2016 als AfD-Wähler_innen bezeichnen, ist konfessionslos, ca. ein Drittel katholisch; 16% haben Abitur, womit die AfD hierbei den niedrigsten Anteil aller Parteien aufweist. War die AfD bei der Befragung 2014 „noch eine Partei der durchaus auch Besserverdienenden der Mittel- und Oberschicht“, war sie zwei Jahre später verstärkt eine der „unteren Schichten“ (Hövermann/Groß 2016: 172). Bei der Wahl zum Europäischen Parlament im Mai 2019 etwa wurde die AfD bei den Arbeitslosen mit 20% stärkste Kraft, bei den Arbeiter_innen erzielte sie 18% (gleichauf mit der SPD und deutlich hinter der CDU mit 28%) (Forschungsgruppe Wahlen 2019a).

Auch wenn immer mehr Menschen aus unteren Schichten AfD wählen, ist sie keineswegs die Partei der ökonomisch Marginalisierten und findet auch in bürgerlichen Kreisen Zuspruch (vgl. Brähler et al. 2016; Hilmer et al. 2017; Richter/Bösch 2017; Vehrkamp/Wegschaidt 2017). Auffällig ist dabei, dass in den unteren Einkommensschichten extrem rechte Einstellungen in den 2000ern einigermaßen konstant waren, in den wohlhabenderen diese hingegen bis 2009 sanken. Dann stiegen die Zu-

stimmungsraten in den höchsten Einkommensgruppen wieder (Heitmeyer 2018: 208). Etabliert hat sich eine „rohe Bürgerlichkeit“, so Heitmeyer (2018: 293–314), die schon, so betonen Sabine Mannitz und Jens Schneider (2014: 75–79), im Kontext der Debatte um Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ 2010 offen zu Tage trat. Die Formierung und Etablierung einer Partei rechts der CDU/CSU gelang also in einem Wirkungszusammenhang, in dem sich auch bürgerliche Kreise für ein extrem rechtes Parteienprojekt offen zeigten (vgl. Koppetsch 2019: 205–232).

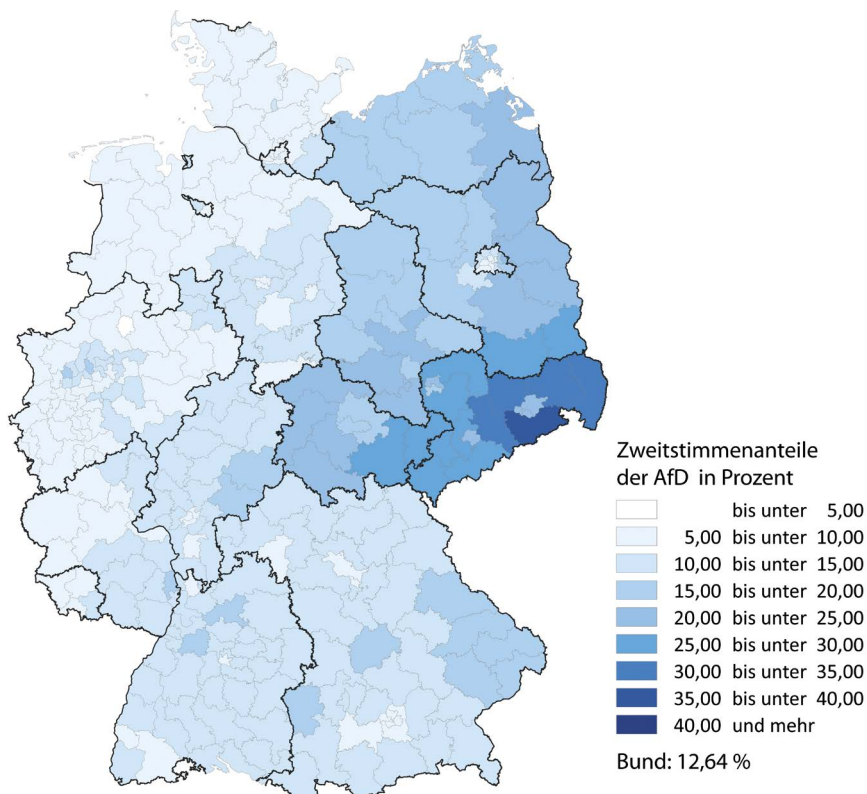
3. RÄUMLICHE REPRÄSENTATION VON AFD-ERFOLGEN UND ANALYTISCHE FALLSTRICKE

In der öffentlichen sowie wissenschaftlichen Debatte werden zwei räumliche Muster des Erfolgs der AfD intensiv diskutiert: Die Ost-West- sowie die Stadt-Land-Polarisierung (Bernet et al. 2019: 13). Es sind, so Heitmeyer (2018: 234), vornehmlich ländliche und kleinstädtische Regionen in Ostdeutschland, wo der autoritäre Nationalradikalismus besonders stark Fuß fasst. Die empirische Feststellung hat jedoch ihre Fallstricke: Die territoriale Zuordnung kaschiert erstens, dass es geteilte Einstellungsmuster und soziale Erfahrungen in Ost und West sowie in Stadt und Land sind, die die Prozesse einen und nicht deren räumliche Form. Zweitens, ganze Länder, Regionen und Kommunen werden ohne Abstufungen als rechte Territorien bezeichnet. Dies unterminiert die Bemühungen und Bestrebungen einer engagierten Zivilgesellschaft, die sich gegen rechte Tendenzen in ihren Regionen wendet. Wir werden hier zunächst die Ost-West- und dann die Stadt-Land-Polarisierung diskutieren. Anschließend nehmen wir in den Blick, was weit seltener thematisiert wird: die Zentrum-Peripherie-Spaltung. Abschließend unterziehen wir diese räumlichen Betrachtungen einer Kritik.

3.1 DIE OST-WEST-FOKUSSIERUNG GEHT AM PROBLEM VORBEI

Es sind die Wahlerfolge der Partei in den neuen Bundesländern seit den Landtagswahlen 2016 und nicht zuletzt auch deren Darstellung auf Karten, welche ganze Landstriche politischen Einstellungen zuordnen, die das Bild einer *Ost-West-Polarisierung* befördern (vgl. Karte 1). In der Bundestagswahl 2017 erzielte die AfD in den neuen Bundesländern Resultate um jeweils ca. 20% und wurde mit 27% in Sachsen gar stärkste Kraft; in Westdeutschland hingegen vermochte die Partei im Vergleich dazu lediglich niedrige Resultate im Bereich um die 10% zu erzielen. Die Polarisierung trat bei der Wahl zum europäischen Parlament 2019 noch akzentuierter zu Tage. Im Zuge der Landtagswahlen in 2019 ist eine Stabilisierung der Ergebnisse auch im Osten des Landes zu beobachten. Faktisch hat die Partei im Vergleich zu 2017 in Brandenburg, Sachsen und Thüringen gar eine geringere Anzahl absoluter Stimmen erhalten. Ihren prozentualen Anteil vermochte sie aufgrund einer tendenziell niedrigen Wahlbeteiligung in Großstädten und einer hohen Wahlbeteiligung in ländlichen Gebieten dennoch nochmals steigern – in Brandenburg von 20,2% auf 23,5%, in Sachsen von 27% auf 27,5% und in Thüringen von 22,7% auf 23,4% – stärkste Kraft wurde sie allerdings, anders als befürchtet, nirgends. Dennoch, ziemlich konstant, hat deutlich mehr als jede fünfte Person einer extrem rechten Partei ihre Zweitstimme gegeben und dies nicht primär aus Protest: In Brandenburg gaben 43% (Forschungsgruppe Wahlen 2019b), in Sachsen 70% (Forschungsgruppe Wahlen 2019c) und in Thüringen 69% (Forschungsgruppe Wahlen 2019d) an,

die AfD auf Grund ihrer „politischen Forderungen“ gewählt zu haben. In allen drei Landesparteien ist der „Flügel“, ein Sammelbecken für völkische und national-soziale Bestrebungen innerhalb der AfD, die dominierende Strömung. In Thüringen und Brandenburg bekleiden mit Björn Höcke bzw. mit Andreas Kalbitz gar prominente Persönlichkeiten des Flügels den Vorsitz der jeweiligen Landesparteien und waren Spitzenkandidaten. Bereits im August 2019 betonte Volker Weiß, dass der „Flügel“ wohl nach der Macht in der Partei strebe und damit eine weitere Radikalisierung zu erwarten sei. Nach der Wahl in Thüringen beförderte der AfD Bundes-Ko-Vorsitzende Alexander Gauland diese Tendenz selbst, als er Höcke attestiert „in der Mitte der Partei“ zu stehen (FAZ 2019).



Karte 1: Zweitstimmenanteil der AfD bei den Bundestagswahlen 2017 je Wahlkreis, Quelle: Institut für Humangeographie der Goethe-Universität Frankfurt a. M.

Angesichts dieser Faktenlage scheint evident: Die Frage der AfD ist eine ostdeutsche. Allerdings waren Erfolge der Partei zu keinem Zeitpunkt auf die neuen Bundesländer beschränkt, bei den Bundestagswahlen 2017 verbuchte sie in jedem Wahlkreis Zugewinne. Und auf Grund der höheren Bevölkerungsdichte in den westlichen Bundesländern sind zwei Drittel der 91 AfD-Sitze im Bundestag von Abgeordneten aus den alten Bundesländern besetzt.

In den letzten Jahren wurde die Zustimmung zur AfD intensiv untersucht (vgl. Franz et al. 2018; Hilmer et al. 2017; Richter/Bösch 2017; Vehrkamp/Wegschaidt 2017). Deutlich wurde dabei, dass sich die Ergebnisse in Ost und West angleichen, wenn soziale und demographische Faktoren als Referenz angelegt werden. Das heißt, dass in Ost und West sozio-demographisch ähnlich strukturierte

Bezirke ähnlich wählen. So kommen Hilmer et al. (2017: 27) zum Ergebnis: „Ein genuiner, womöglich sogar kulturell bedingter Ost-Faktor besteht [...] nur in begrenztem Maße“. Eher sei es die „insgesamt schlechtere sozioökonomische Lage zwischen Rostock und Suhl“, die das Gefälle der AfD-Wahl erklärt. Um dieses Gefälle zu analysieren, haben Franz et al. (2018) sieben Strukturvariablen angelegt: Anteil der Ausländer_innen, Dichte von Handwerksunternehmen, Bevölkerung älter als 60, Arbeitslosenquote, Haushaltseinkommen, Beschäftigte im verarbeitenden Gewerbe und die Quote an Abiturient_innen. Sie kommen zum Ergebnis, dass sie mit ihrem Faktorenmodell für rund 80% der Wahlkreise die Zustimmung zur AfD annähernd berechnen können. Das Modell zeigt jedoch Schwächen bei Wahlkreisen in Sachsen sowie in Bayern, Hessen und im Ruhrgebiet.

Studien, die auf Einstellungsmuster abheben, legen ebenfalls nahe, dass die Entscheidung für die Wahl der AfD in Ost und West auf ähnlichen Faktoren basiert. Richard Inglehart und Pippas Norris (2016) arbeiten europaweit vergleichend heraus, dass der Zuspruch zu extrem rechten Parteien wesentlich in einer geteilten Ablehnung von kosmopolitischen, pluralistischen und post-materialistischen Lebensentwürfen sowie einer grundlegenden Skepsis gegenüber Zuwanderung zu finden ist. Ähnliches gilt für die Wähler_innen der AfD in Ost- und West-Deutschland: ökonomische Bedrohungswahrnehmungen einen sie durchaus, jedoch fällt statistisch der geteilte Wunsch nach einer homogenen Welt und die Ablehnung von Ausländer_innen weit stärker ins Gewicht. Auch spielt politische Entfremdung eine zentrale Rolle (Rippl/Seipel 2018).

Das Bild, des ‚braunen‘ Ostens hält sich also nicht alleine auf Grund der Wahlgeographie hartnäckig, sondern ist auch Ergebnis von tradierten Stereotypen. Matthias Quent (2016: 103–107) argumentiert, dass der Osten des Landes latent als „Sonderfall“, als Abweichung vom „Normalfall“ Westdeutschland dargestellt wird: Auf der einen Seite eine immer noch in autoritärer Sozialisierung gefangene Gesellschaft, die die selbstkritische Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur und ausländerfeindlicher Gewalt tabuisiert; auf der anderen die demokratisch rechtschaffene Gesellschaft des Grundgesetzes, die den Nationalsozialismus gesellschaftlich bearbeitet und geächtet hat. Etabliert hat sich diese Sicht der Dinge nicht zuletzt als Reaktion auf die Pogrome von Hoyerswerda 1991 und Rostock-Lichtenhagen 1992: Tagelang wüteten militante Neonazis Seite an Seite mit Bürger_innen vor Asylunterkünften und Wohnheimen ehemaliger Vertragsarbeiter_innen. In jüngerer Zeit befeuerten die Selbstenttarnung des NSU sowie das Aufkommen der Pegida-Bewegung diese Stereotype. „Es gibt diese Ostdeutschland-Bilder, die in Klischees gefangen sind: Plattenbauten, Arbeitslose, Neonazis“, so David Begrich (2019).

Forschung, die politische Einstellungen nach der Vereinigung 1994 untersuchte, belegt jedoch entgegen dieser Bilder, dass extrem rechte Positionen in den neuen Bundesländern weit weniger verbreitet waren als im Westen des Landes (Stöss 2000: 29). Bis 1998 glichen sich die Werte jedoch an (Stöss 2000: 29–35). Auch die Langzeitbetrachtung der Leipziger Studien verweist darauf, dass noch in den frühen 2000ern in Ostdeutschland Menschen mit einem geschlossenen extrem rechten

Weltbild² (8,1%) deutlich seltener anzutreffen waren als im Westen (11,3%). Heute liegt dieser Wert im Osten bei 8,5% und im Westen bei 5,4%.

Es liegt uns fern, Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern zu negieren, sie sind offensichtlich (Mau 2019: Teil II). So ist gerade Ausländerfeindlichkeit im Osten des Landes schon seit den 1990ern deutlich stärker ausgeprägt als im Westen (Decker et al. 2018a: 81–87). Diverse Studien zusammenführend betonen Larissa Deppisch et al. (2019: 78f), dass im Westen des Landes sozio-ökonomische Marginalisierung für die Wahl der AfD von größerer Relevanz ist als im Osten, während umgekehrt im Osten Fremdenfeindlichkeit stärker ausschlaggebend ist als im Westen. Die Frage ist allerdings, wie diese Unterschiede zustande kommen und wie sie rationalisiert werden; denn was die Studien neben den Unterschieden auch darlegen, ist: Das Erstarken der extremen Rechten ist primär auf Erfahrungen der Nachwendezeit zurückzuführen und kein unmittelbares DDR-Relikt (Quent 2016: 111f). Richard Stöss (2000: 32) verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass gerade in Ostdeutschland nach der Wende große Hoffnungen in Demokratisierung und Marktwirtschaft gesetzt wurden. Die „anfänglich große Zuversicht in das westliche System“, sei dann aber „in besonders herbe Enttäuschung“ umgeschlagen; noch heute fühlen sich im Osten des Landes viele als „Bürger zweiter Klasse“ (Foroutan et al. 2019: 22).

Steffen Mau (2019: 14) argumentiert daher dafür, die ostdeutsche Gesellschaft als in spezifischer Weise „frakturiert“ zu verstehen. Es sind im Vergleich zum Westen differente soziale und politische Erfahrungen der letzten dreißig Jahre, die die Gesellschaft im Osten prägen und eine spezifische Einbuße an „Robustheit und Flexibilität“ befördert haben. Nicht zuletzt entsprängen die Konflikte aber auch einer modernisierungstheoretisch geprägten Sicht des Westens auf den Osten, was die Lebensrealitäten der Menschen im Osten, nach der Wiedervereinigung klar den westlichen unterordnete und Aufholen einforderte (Mau 2019: 137–143). Gleichzeitig, so betont Mau (2019: 14) mit Nachdruck, ist Ostdeutschland kein Sonderfall, sondern ein „Verdichtungsraum für auch andernorts zu beobachtende Verwerfungen“. Sehr deutlich wird dies im Licht der Arbeit von Justin Gest (2016) zum East Londoner Bezirk Barking and Dagenham, sowie zur amerikanischen Kleinstadt Youngstown im Rustbelt. In beiden Fällen schildert Gest ähnliche soziale und gesellschaftliche Dynamiken wie Mau und fasst diese gar in einem ähnlichen Bild. Analog zu Maus „frakturierter Gesellschaft“ prägt er den Begriff der „post-traumatischen Stadt“ (Gest 2016: 7–11). Er beschreibt damit Städte und Regionen, in den in den letzten 40 Jahren die industrielle Produktion und damit auch die Grundlage der sozialen, politischen und ökonomischen Ordnung fast komplett weggebrochen ist, und die sich anschließend weder ökonomisch noch identitätspolitisch jemals wirklich von diesem Schlag erholt haben. Was die Geschichten von Mau und Gest eint, ist die Erfahrungen von tiefen gesellschaftlichen Brüchen, die wenn überhaupt nur oberflächlich verheilt sind. Andere Orte, andere Erfahrungen – ähnliche Geschichten, ähnliche Reaktionen. Eine Fokussierung auf die vermeintlich objektive Wahlgeographie verstellt den Blick auf solche Befunde und suggeriert ein klares Zuhause extrem rechter Wahlpräferenz.

2 Geschlossenes extrem rechtes Weltbild meint, dass alle sechs Items der Befragung ausdrücklich Zuspruch erhalten: Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus.

3.2 DIE STADT-LAND-POLARISIERUNG – „RACHE DER DÖRFER“?

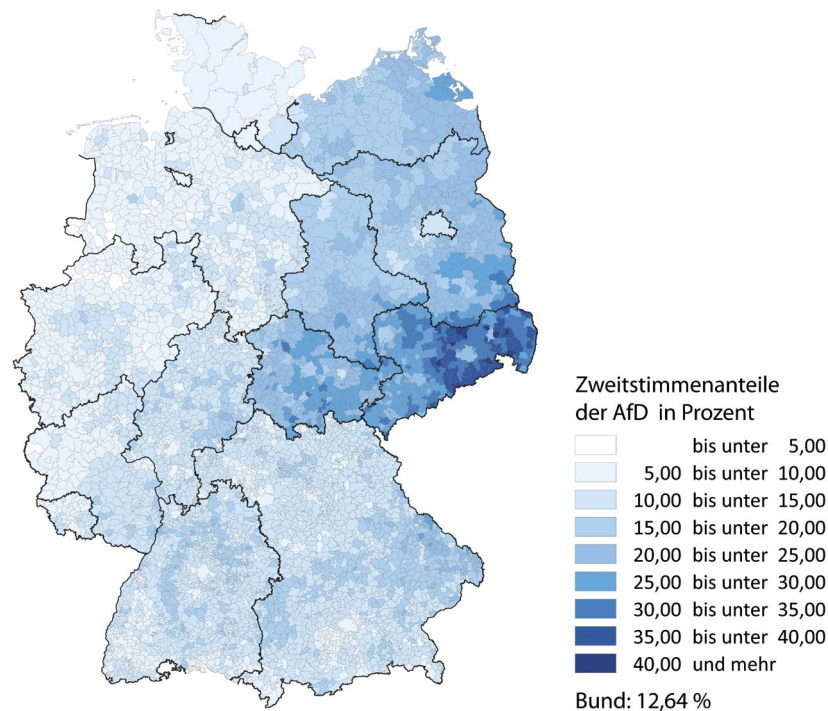
Das zweite Muster, das in öffentlichen Debatten stark präsent ist und das wir hier diskutieren, ist die Stadt-Land-Polarisierung. Analysen der Bundestagswahlen 2017 legen nahe, dass die „AfD in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblemen“ die größten Erfolge feiert (Franz et al. 2018). Es ist die Rede von der „Rache der Peripherie“ (Rada 2017) oder von der „Rache der Dörfer“ (Kaschuba 2016). Dem „Weg, den Stadtgesellschaften“ eingeschlagen hätten, so Wolfgang Kaschuba, könnten oder wollten viele Bewohner_innen ländlicher Regionen nicht folgen:

„Wir waren bisher der Meinung, dass die Vorstellung einer liberalen, einer offenen Stadtgesellschaft so etwas wie Konsens wäre, und jetzt bemerken wir, dass offenbar für größere soziale Gruppen die Vorstellung von großer Vielfalt, von großer Freiheit, von vielen Entscheidungsmöglichkeiten im Alltag, aber auch viel Verhandlungen möglicherweise eben auch eine stressige Vorstellung ist.“ (Kaschuba 2016)

Uns ist auch hier wichtig, auf die historischen Kontinuitäten der Darstellung von Stadt-Land-Polarisierungen hinzuweisen, deren Wirkmacht nicht allein von unterschiedlichen Wahlergebnissen gestützt wird.

Die Erzählung von liberalen und offenen Städten, die einem konservativen und unterdrückenden ländlichen Raum entgegenstünden, geht bis ins Mittelalter zurück, als Städte tatsächlich die Möglichkeit darstellten, der Grundherrschaft zu entkommen. Mitte des 19. Jahrhunderts und dem beschleunigten Doppelprozess aus Urbanisierung und Industrialisierung folgend trat die Vorstellung deutlich akzentuierter zutage. In der liberalen und vor allem der marxistischen Denktradition galten Städte tendenziell als Produkt des Fortschritts sowie der potenziellen Emanzipation und Befreiung; letzteres aber auf Grund der brutalen Ausbeutungsverhältnisse, die in den industriellen urbanen Zentren besonders spürbar wurden und – so der Gedanke – Menschen schneller zur emanzipatorischen Revolution bewegen würde (vgl. Bernet et al. 2019; Merrifield 2002). Umgekehrt sind rechte Ideologien bis heute durchsetzt von einer regelrechten Großstadtfeindschaft. Städte wurden und werden gebrandmarkt als Orte des Sitten- und Moralverfalls, des Lasters, der Unordnung und Unsicherheit (vgl. Podesta 2019). So sind noch heute extrem rechte Beiträge geprägt von der Idee des ‚reinen‘ und ‚deutschen‘ Landlebens, das der ‚überfremdeten‘ und ‚multikulturellen‘ (Groß-)Stadt entgegenstehe (Podesta 2019: 14).

Die Stadt-Land-Polarisierung des Zuspruchs zur AfD haben Maximilian Förtner et al. (2019) genauer betrachtet. Sie kommen zum Schluss, dass die AfD in manchen städtischen Ballungszentren des Ruhrgebiets stark, umgekehrt im niedersächsischen Emsland schlecht abgeschnitten hat, insgesamt das Bild aber stimmt und die AfD in Ost und West in Kleinstädten und ländlichen Regionen besser abschneidet als in Großstädten (Förtner et al. 2019: 24). In allen Großstädten mit über 250.000 Einwohnenden, mit Ausnahme der beiden sächsischen Metropolen Leipzig und Dresden, erzielte die AfD bei den Bundestagswahlen 2017 Resultate unterhalb des Bundesdurchschnitts (12,6%) (vgl. Karte 2). Umgekehrt erreichte die Partei im sächsischen Wahlkreis Osterzgebirge 35,5%, im bayrischen Deggendorf 19,2% (Bernet et al. 2019: 13).



Karte 2: Zweitstimmenanteil der AfD bei den Bundestagswahlen 2017 je Gemeinde, Quelle: Institut für Humangeographie der Goethe-Universität Frankfurt a. M.

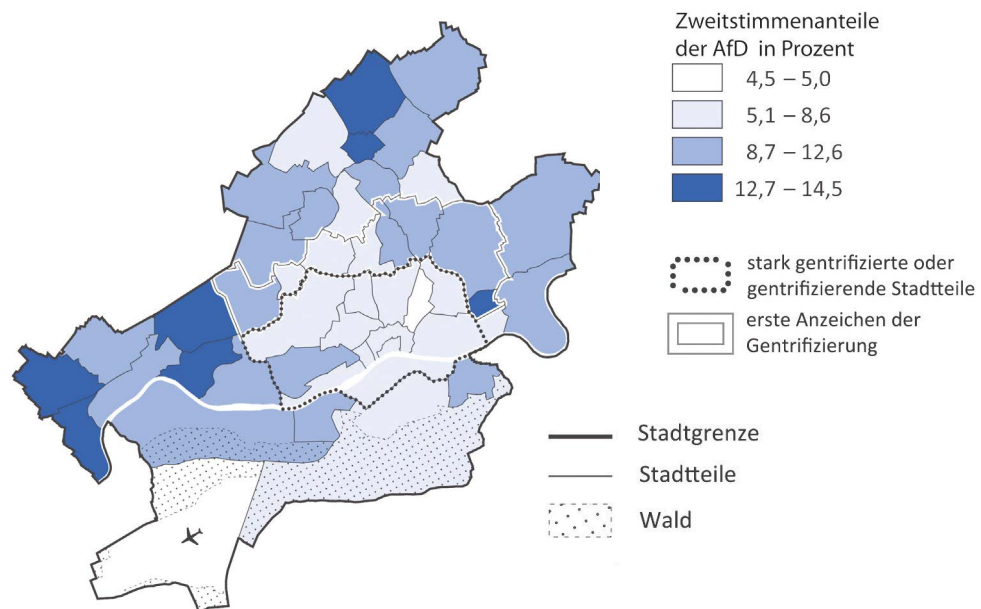
Deppisch et al. (2019: 81–84) verdeutlichen in ihrer Untersuchung, die sie anhand eines im Vergleich zu sonst üblichen Studien deutlich differenzierten Index von Ländlichkeit³ durchführen, dass das Bild nicht einheitlich ist. Im Osten des Landes schlägt der Faktor ländliche Region weit stärker ins Gewicht als im Westen und es sind nicht die „sehr“ sondern die „eher“ ländlichen Regionen, wo die AfD am besten abschneidet. Tobias Berner (2019: 46) seinerseits stellt den Stadt-Land-Graben in ein nochmals anderes Licht, wenn er darauf verweist, dass die „politischen Bruchlinien“ eher „zwischen wachsenden und schrumpfenden Gebieten“ verlaufen: Während in schrumpfenden Gebieten die Möglichkeiten, an sozialen und ökonomischen Entwicklungen sowie am kulturellem Leben teilzuhaben, schwinden, werden wachsende Gebiete auch im ländlichen Raum durchaus erschlossen und sind daher Teil einer Erzählung von Fortschritt und Entwicklung.

3.3 UNBEACHTETE URBANE SPALTUNGEN

In einem Beitrag im NDR im August 2017 betonte Claus Leggewie (2017), dass die Betrachtung großer räumlicher Maßstäbe, wie Wahlbezirke, aber auch Gemeinden, in sich ein Problem ist und den

3 Anders als andere Studien beziehen sie sich nicht alleine auf Bevölkerungsdichte oder die Dichte ansässiger Handwerksunternehmen, sondern lassen Merkmale wie Siedlungsdichte, Landschaftsformen, Zahl der Einwohnenden sowie Distanz zu größeren Zentren in ihren Index einfließen.

Blick auf die sozialen Prozesse hinter dem Erfolg der AfD verstellt. Ressentiments geladene Orte finden sich in Stadt und Land. Diese Perspektive richtet den Blick auch auf Städte selbst, die in Wahlanalysen vielfach als homogene Orte angeführt werden, bei genauer Betrachtung aber in hohem Maße fragmentiert sind. So tritt in vielen Großstädten eine Zentrum-Peripherie-Polarisierung deutlich hervor. Eine systematische Untersuchung steht unseres Wissens jedoch noch aus. Diese fehlt auch, weil die lokalen Wahldaten der einzelnen Städte nicht zentral erfasst werden, es meist keine entsprechend kleinräumigen Sozialdaten gibt und zudem lokales Wissen über die Struktur der Städte und der sozio-demographischen Gefüge für die Interpretation von Nöten ist. Deshalb beschränken auch wir uns auf Schlaglichter, auf die Bundestagswahl 2017: In Leipzig etwa, also einer der beiden Großstädte, wo die AfD stärker gewählt wurde als im Bundesschnitt, lag die Spannweite der Zustimmung zur AfD zwischen 7,7% in der links-alternativ geprägten Südvorstadt und 29,5% in Grünau (Bernet et al. 2019: 13), einer Großwohnsiedlung aus DDR-Zeiten am Rande der Stadt. In Berlin wählten in Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauer Berg Ost lediglich 6,3% AfD, während die Partei in Marzahn 21,6% der Stimmen erhielt. Auch in Frankfurt a. M. wählten in eher peripheren Stadtteilen bis zu 14,5% AfD, während im grün-liberalen Nordend-Ost gerade mal 4,5% der Partei ihre Stimme gaben (Stadt Frankfurt 2017). Die Spaltung verläuft dabei erkennbar auch entlang der Muster städtischer Gentrifizierungsprozesse. Zunehmend entstehen in den Zentren Quartiere Wohlhabender, deren alltägliche Erfahrungen, Lebensstile und finanziellen Möglichkeiten sich wesentlich von Stadtteilen der urbanen Peripherie unterscheiden. Dieses Muster ist aber nicht auf Großstädte beschränkt, sondern auch in kleineren westdeutschen Städten (wie z.B. Pforzheim oder Mannheim) zu finden (Förtner et al. 2019).



Karte 3: Zweitstimmenanteil der AfD bei den Bundestagswahlen 2017 in Frankfurt a. M., Quelle: Institut für Humangeographie der Goethe-Universität Frankfurt a. M.

3.4 PROBLEMATISCHE TERRITORIALISIERUNG

Wir haben in diesem Kapitel die politischen Skalen durchschritten und dabei ein immer komplexeres räumliches Bild des Erfolges der AfD nachgezeichnet. Wir konnten zeigen, dass die Fokussierung auf große territoriale Einheiten problematisch ist, insbesondere wenn sie mit tradierten Vorstellungen von spezifischen Räumen wie etwa den Ost-Bundesländern oder dem ländlichen Raum verknüpft sind.

Erstens werden in großen räumlichen Einheiten sehr unterschiedliche soziale und politische Dynamiken vorschnell vermengt. Die Wahrnehmung des gesamten Freistaats Sachsen als AfD-Land etwa nivelliert die auf höherem Niveau differenzierten Ergebnisse. Die noch immer deutliche Mehrzahl an demokratisch orientierten Einstellungen sowie Engagement zivilgesellschaftlicher Akteure gegen die extreme Rechte werden so verdeckt.

Zweitens wird das Verhalten einzelner Subjekte in der Summe zu einem Verhalten aller in einem von Grenzen umrissenen Raum, womit territoriale Eigenschaften anstelle von sozialen Prozessen als erklärende Faktoren erscheinen. Stefan Kipfer und Mustafa Dikeç argumentieren zu diesem problematischen Effekt pointiert:

„To translate electoral data onto maps requires drawing boundaries between spatial segments, each of which is demarcated from other, differently coloured segments on the basis of statistical cut-offs that measure the relative spatial concentration of particular qualities. This very way of clustering data, without which visualization is impossible, *necessarily* risks giving a misleadingly uniform image of electoral zones. While these are only proportionally, not absolutely, distinct aggregates of individual votes, maps hide or visually minimize those votes that do not reach the chosen numerical benchmark in a particular zone.“
(Kipfer/Dikeç 2019: 45)

Es ist abschließend wichtig zu betonen: Es gibt keinen Sozialraum, der per se vor rechten Erfolgen schützen würde, noch gibt es *den* rechten Raum. Die Betrachtung räumlicher Muster kann hilfreich sein, so Bernd Belina (2018), einen ersten Zugang zu formulieren, kann helfen, Fragen zu stellen, Annäherungen zu generieren, auf Dinge aufmerksam zu machen. Sie ist in sich aber weder ein erklärender noch ein abschließender Befund. Die Aufgabe besteht also darin, gesellschaftlichen Prozessen auf die Spur zu kommen, die zu vorgefundenen räumlichen Mustern führen.

4. ERKLÄRUNGSVERSUCHE ZWISCHEN KLASSENLAGE UND KULTURELLER POLARISIERUNG

In diesem Kapitel gehen wir, dem abschließenden Plädoyer des vorhergehenden Kapitels folgend, gesellschaftswissenschaftlichen Argumenten nach. Wir gehen auf die Suche nach sozialen Transformationsprozessen, die für die regressiven Politiken ‚verantwortlich‘ zeichnen. Dabei fokussieren wir

auf Beiträge zum deutschen Kontext. In den Diskussionen finden sich jedoch auch Anknüpfungspunkte zu internationalen Debatten, insofern als Faktoren, die für die regressiven Tendenzen in Deutschland als relevant erachtet werden, auch in Debatten um den Erfolg von Donald Trump in den USA, des Rassemblement National in Frankreich oder des Brexit-Votums in Großbritannien auftauchen (einen Überblick geben Bhambra 2017; Gest 2016; Kipfer/Dikeç 2019; Inglehart/Norris 2016; 2019).

Die Debatten werden entlang etablierter wissenschaftstheoretischer Gräben kontrovers geführt. Einigkeit besteht zwar weitestgehend darüber, dass das Erstarken regressiver Politiken „Ergebnis eines *Zusammenwirkens* von Globalisierungs- und Neoliberalisierungskrisen“ sei (Geiselberger 2017: 12f, Herv. i. O.) – was das genau bedeutet, werden wir im Folgenden an Hand von Oliver Nachtweys (2016) Überlegungen zur „Abstiegsgesellschaft“ skizzieren. Uneinigkeit besteht hingegen darüber, wie genau diese Prozesse wirken; wie sozio-ökonomische mit kulturellen, beziehungsweise identitätspolitischen Faktoren zusammenhängen und sich gegebenenfalls gar wechselseitig determinieren; und welche Rolle dabei Immigration spielt. Die einen betonen eher von politisch-ökonomischen Standpunkten ausgehend die wachsende soziale Ungleichheit und daraus resultierende neue Klassenkonflikte. Die anderen argumentieren kultur-soziologisch dafür, dass eher kulturelle oder identitätspolitische Faktoren wie konservative Abschottung gegen gesellschaftliche Pluralisierung, tradierte Muster von Rassismus und Misogynie sowie Nationalismus ausschlaggebend sind. Wir werden in beide Positionen einführen, auch wenn die meisten Autor_innen die Trennung nicht scharf ziehen. Fast alle erkennen an, dass sozio-ökonomische *und* kulturelle Faktoren eine Rolle spielen. Unterschiede liegen also in der Gewichtung der Prozesse und der angenommenen Kausalitäten. Auf Grundlage unserer eigenen Forschung argumentieren wir im Folgenden, dass ökonomische und kulturelle Aspekte derart verschränkt sind, dass konkurrierende Gegenüberstellungen nicht zielführend sind.

4.1 ABSTIEGSGESELLSCHAFT UND BRÜCHE DER NEOLIBERALEN GLOBALISIERUNG

Das Zusammenwirken von Globalisierungs- und Neoliberalisierungskrisen wird in der einen oder anderen Weise in fast allen Beiträgen, die wir ausführen, angesprochen. Nachtwey (2016) hat in diesem Kontext den Begriff der „Abstiegsgesellschaft“ geprägt. Bei weitem ist dies nicht der erste und mit Sicherheit nicht der letzte Vorschlag, um die Spezifika gegenwärtiger gesellschaftlicher Transformation zu bestimmen (vgl. Heitmeyer 2018; Koppetsch 2019; Marchart 2013; Prokla-Redaktion 2016; Reckwitz 2017). Nachtwey formuliert jedoch am Beispiel Deutschlands ein konkretes Panorama kontemporärer Gesellschaftstransformation, das trotz einiger Leerstellen – Identitätspolitik, Rassismus und Geschlechterverhältnisse werden kaum thematisiert – hilfreich ist.

Er beginnt mit der Rückschau auf die Zeit nach 1945 in Westdeutschland, die er „soziale Moderne“ nennt. Ihren Höhepunkt hatte diese in den 1960er und 70er Jahren, beginnt dann zu stagnieren und gerät schließlich in den 1990ern stark unter Druck. Kern der Epoche war ein planender und sozial verantwortlicher Staat, der mittels Integration der Massen durch Arbeit und Konsum für Stabilität sorgte. Anzumerken ist, dass das Integrationsmodell der ‚Normalbiographie‘ wesentlich auf den weißen, deutschen Mann als Familienernährer ausgerichtet war. Erfolgreich war es auch deshalb, weil im Innern der Nationalökonomie Krisen und Unsicherheiten auf die „Gastarbeiter_innen“ ausgelagert

wurden (Bojadžijev 2012; Karakayali/Tsianos 2002) und westliche Industriestaaten ihre Handelsbedingungen global durchsetzen konnten (Klein 2007; Murray 2006). Gleichzeitig war es eine Zeit der sukzessiven Ausweitung liberaler Rechte und progressiver sozialer Bewegungen (Roth/Rucht 2008). Massenorganisationen wie Kirche, Gewerkschaften und Parteien sorgten für die Einbindung der Menschen in die politische Ordnung.

Das Modell fußte aber, so führt Nachtwey im zweiten Kapitel fort, wesentlich auf nationalem Wirtschaftswachstum, das in den westlichen Industrienationen mit den Krisen der 1970er Jahren ins Stocken geriet, so auch in Deutschland, was den Übergang in die „regressive Moderne“ einleitete. Für die soziale Moderne prägte Ulrich Beck (1986) das Bild des Fahrstuhls. In ihm fuhr Gesellschaft als Ganzes mitsamt ihren Ungleichheiten aufwärts. Heute, betont Nachtwey (2016: 126–136), trage dieses Bild nicht mehr. An Stelle des Aufzugs seien in der „regressiven Moderne“ Rolltreppen getreten: Die einen fahren weiter aufwärts, erreichen bisweilen auch ein höheres Stockwerk; während andere gegen die Fahrtrichtung rennen müssen, um nicht hinunter zu fahren; nochmals anderen gelingt dies nicht mehr, und sie fahren abwärts, wie sehr sie auch dagegen ankämpfen. Nachtwey (2016: 127, Herv. i. O.) resümiert, „*individuelle* Abstiege oder Abstürze sind bislang kein Massenphänomen, es ist auch nicht unmöglich geworden aufzusteigen. *Kollektiv* betrachtet, geht es für die Arbeitnehmer jedoch wieder abwärts, und die Abstände zwischen oben und unten vergrößern sich“. Relevant ist in diesem Kontext aber auch, so wollen wir anfügen, dass der ‚Abstieg‘ (innerhalb) des Westens vom Aufstieg der Schwellenländer wie Brasilien, Indien und insbesondere China begleitet wird und die westlich dominierte Weltordnung erodiert. Für Franz et al. (2019) ist klar, dass die Menschen in Deutschland die politischen, sozialen und ökonomischen Veränderungen wahrnehmen und der politische Zerfall der ehemaligen Volksparteien sowie Aufstieg der AfD sowie der Grünen Resultat davon ist, dass die „Politik der Großen Koalition nicht in der Lage war, wichtige Aspekte der Lebensverhältnisse von Menschen in Deutschland in den vergangenen Jahren ausreichend zu verbessern“ (Franz et al. 2019: 602). Menschen fühlten sich angesichts des Wunsches nach Stabilität (vgl. Wetzel 2019) von Politik und deren auf kurzfristige Ergebnisse ausgerichteten Programmatik im Stich gelassen, wenn es darum geht, mit den langfristigen Veränderungen umzugehen, was Sorge vor Abstieg und Verunsicherung gesamtgesellschaftlich befördert.

Die regressive Moderne charakterisiert Nachtwey sodann über mindestens vier relevante Prozesse: Neoliberalisierung der Gesellschaft, Abbau demokratischer Teilhabe, Verlust von sozialen und wirtschaftlichen Bürgerrechten sowie Individualisierungstendenzen (vgl. Nachtwey 2016: 71–117).

Mit dem Neoliberalismus wurde politisch ein wirtschaftsliberales Projekt durchgesetzt (vgl. Harvey 2005), das zwar zunächst die „emanzipativen Kritiken an der sozialen Moderne“ (Nachtwey 2016: 80) aufgriff und für Freiheit und Selbstbestimmung eintrat, diese aber alsbald auf die Logik des Marktes und der Konkurrenz verengte. Dabei wurden durch Privatisierung, Deregulierung und Flexibilisierung die Zugriffsmöglichkeiten von Marktakteur_innen ausgeweitet (Nachtwey 2016: 87f). Der Prozess der Globalisierung vertieft transnationale Beziehungen zwischen Staaten, Institutionen und Konzernen und vereinfacht Warenströme sowie Mobilität (Murray 2006) – zumindest für jene, die das Privileg des richtigen Reisepasses haben. Damit ging aber auch ein wachsender Druck auf Löhne einher, da Arbeitskräfte zunehmend in eine globale Konkurrenz gesetzt wurden (Zeller 2008).

Die Einführung der Agenda 2010 stellt für Nachtwey (2016: 79, 96f) in Deutschland „den Abschied von der sozialen Moderne“ dar. Eingeleitet wurde damit, so auch Christoph Butterwegge (2015: 69), ein „sozialpolitischer Kurswechsel“, die Maxime hieß von nun an ‚Fordern und Fördern‘ sowie ‚Aktivierung‘ von Arbeitssuchenden. Der Druck auf Erwerbslose wie Erwerbstätige nahm deutlich zu, Arbeitsregelungen wurden flexibilisiert, die Möglichkeiten zur Leiharbeit ausgeweitet, (Schein)Selbstständigkeit euphemistisch als „Ich-AG“-Modell propagiert sowie das Arbeitslosengeld grundlegend umstrukturiert (Peters 2014: 438). Eine grundlegende Debatte über die Folgen der Reform blieb lange aus und kam erst im Zuge der europäischen Schuldenkrise der 2010er Jahre auf, galt sie doch als Erfolgsmodell, das Deutschland aus der Krise der 1990er geführt habe (Nachtwey 2016: 162). Andere wiederum verweisen auf die Risiken der Konsolidierung von „Armut in einem reichen Land“ (Butterwegge 2016 [2009]).

Parallel zu diesen Entwicklungen wurden auch Bedingungen der demokratischen Ordnung neu vermessen. Colin Crouch (2008) argumentiert, dass die Verfahren und Institutionen, die Demokratie als Staatsform ausmachen, konkret freie Wahlen, Rechtsstaatlichkeit oder Beteiligungsmöglichkeiten, weiterhin intakt oder mittels Partizipationsverfahren gar gestärkt worden seien. Gleichzeitig würden aber wirtschaftliche Eliten immer stärker an Einfluss gewinnen, wodurch politische Regulierung zusehends an deren Anforderungen und Bedürfnisse orientiert wird. Die Folge: Demokratie verliert an inkludierender Kraft. Diese Tendenzen gegenwärtiger demokratischer Ordnungen bezeichnet er als postdemokratisch.

Wie viele andere (vgl. Beck 1986; Bröckling 2007; Elias 2007 [1991]; Heitmeyer 2018; Putnam 2000; Reckwitz 2017; Sennet 2008 [1974]) verweist auch Nachtwey (2016: 107–110) auf eine veränderte Tiefenstruktur von Gesellschaft, die im Kern auf der Individualisierung fußt. Individualisierung ist heute, so die gängige Argumentation, anders als zu Zeiten der Kämpfe von 1968, nicht mehr mit gesellschaftlicher Freiheit, umfassender Liberalisierung, einer Idee von Selbstverwaltung und dem Rückzug aus einer als autoritär empfundenen Sozialität und Staatlichkeit verbunden, sondern basiere auf dem kapitalistischen Imperativ, erfolgreich an seinem eigenen Glück zu arbeiten. Rückschläge im Erwerbsleben werden somit als Folge persönlichen Scheiterns und zu geringen Engagements umgedeutet. Insgesamt hat dies die Bereitschaft für soziale Kooperation und gemeinschaftliches Handeln ausgehöhlt (Butterwegge 2015; Reckwitz 2017; Honneth 2002).

Insgesamt helfen Nachtweys Analysen, die aktuelle Multiplikation von Krisen, welche um die Frage von Möglichkeiten und Restriktionen kapitalistischen Wachstums, die Klimakrise sowie um Konflikte über Immigration, Rente, soziale Reproduktion und demokratische Repräsentation kreisen, in ein kohärentes Bild zu ordnen. Was wir erleben, so argumentieren Alex Demirović und Andrea Maihofer (2013: 30) treffend, ist ein international verschränktes „komplexes Bündel von gleich- und ungleichzeitigen, nebeneinander existierenden, sich wechselseitig beeinflussenden oder verstärkenden Krisen“.

4.2 POLITISCHE ÖKONOMIE UND DIE SOZIALE LAGE

Wir konzentrieren uns nun zunächst auf jene Beiträge, die das Erstarken regressiver Politiken vor allem mit politisch-ökonomischen Faktoren begründen. Die Beiträge haben unterschiedliche Ansatzpunkte. Sie fokussieren entweder auf Veränderungen auf der ‚Nachfrageseite‘ oder sie verweisen auf autoritäre staatliche Prozesse. Insgesamt sind die Argumente nicht ganz neu, spiegeln sie doch Debatten, die in den 1980ern zum Aufstieg neoliberal-konservativer Kräfte (vgl. Dubiel 1986; Hall 1980; Poulantzas 2002 [1978]) sowie in den 1990ern zu den Wahlerfolgen der Republikaner (Jaschke 1993; Starzacher 1992), aber auch schon der NPD (Adorno 2019 [1967]) in den 1960ern geführt wurden.

Zentraler Ansatzpunkt ist die Zunahme von Abstiegsängsten. So gaben 2016 zwar 47,8% der Befragten ihre wirtschaftliche Situation mit ‚gut‘ und 5,5% mit ‚sehr gut‘ an, während lediglich 8,6% sie als ‚schlecht‘ und 4,1% als ‚sehr schlecht‘ einstufen. Die Projektion der Zukunft verändert das Bild allerdings deutlich. Als ‚sehr gut‘ sehen sich bereits im Folgejahr gerade noch 1,7% dastehen, als ‚gut‘ nur noch 11,4%. Dafür wächst die Zahl jener, die ihre Zukunft als ‚schlecht‘ einschätzen auf 11,3% bzw. als ‚sehr schlecht‘ auf 3,8%. Die Zahl jener, welche ihre Situation als ‚ungewiss‘ einstufen, steigt deutlich von 35,5% auf 62,4% (Decker et al. 2016: 53–55).

Gewissermaßen nachfrageorientiert erklären Wilhelm Heitmeyer (2018) und Philip Manow (2018) den „Zuwachs von fremdenfeindlichen, gewaltakzeptierenden und rechtsextremen Orientierungen bzw. Handlungsweisen“. (Heitmeyer 1994a: 45). Prozesse der sozialen, beruflichen und politischen Desintegration seien Resultat eines gesteigerten Wettbewerbsdrucks des globalisierten „autoritären Kapitalismus“, der sozialen Vereinzelung und der sukzessiven Entleerung demokratischer Teilhabe (Heitmeyer 2018: 197). In der Migrations- und Fluchtbewegung des Jahres 2015 sieht Heitmeyer (2018: 344) ein beschleunigendes Element des Erstarkens regressiver Politiken, keinesfalls aber deren Ursache. Er stützt sich auf sein Projekt „Deutsche Zustände“, worin gesellschaftliche Einstellungsmuster von einem breiten Team intensiv über Zeit erforscht wurden. Antworten darauf, warum gerade jetzt regressivere Politiken erstarken, bieten diese quantitativen Arbeiten jedoch kaum, denn sie deuten die Ergebnisse im Rückgriff auf theoretische Annahmen. Ambivalenz, Widersprüchlichkeit und Kontingenz in der Herausbildung und im Wandel politischer Einstellungen geraten so nicht in den Blick.

Philip Manow (2018) versucht in seinem Ansatz die Problematik zu umgehen, indem er streng politisch-ökonomischen Prämissen folgt. Seiner These nach ist es die „ökonomische Verteilungsdimension, die den Konflikten zugrunde liegt“ (Manow 2018: 33). So gelte es, die unterschiedlichen nationalen Regulierungsweisen des Kapitalismus auf deren Auswirkungen zu befragen (Manow 2018: 36). Für Europa entwirft er ein Modell, das die unterschiedlichen Formen populistischer Politiken – also auch die Linken in Südeuropa, wie er Syriza in Griechenland, Podemos in Spanien aber auch die Bewegung der fünf Sterne in Italien fasst – gleichermaßen erklären soll. Dafür bestimmt er Populismus als Protest gegen eine Globalisierung, die er über internationalen Handel und Migration operationalisiert (Manow 2018: 11). In Südeuropa hätte sich der Linkspopulismus durchgesetzt, weil dort in den Jahren nach der europäischen Schuldenkrise 2010 eher soziale Verteilungsfragen und Sozialpolitik anstelle von Immigration im Zentrum gestanden hätten; in Nordeuropa jedoch bilde Zuwanderung

das zentrale Problem und zwar in zwei unterschiedlichen Weisen: In Osteuropa und Großbritannien, wo die Ökonomien stark liberalisiert sind, würde vor allem der durch legale Einwanderung erzeugte Druck auf die schlecht bezahlten Jobs Abwehrhaltungen provozieren. In Ökonomien hingegen, wo der Wohlfahrtsstaat tendenziell noch gut ausgebaut ist und hohe Zutrittschürden kennt, wie etwa in Nord- und Kontinentaleuropa, sei die Angst der noch gut situierten Facharbeiter_innen vor Zuwanderung ins Sozialsystem durch Geflüchtete und arme Europäer_innen zentral (Manow 2018: 38–69). Dieser Befund korreliert mit der weit verbreiteten Ablehnung von Romnja bzw. Sintizza. In seinen statistischen Auswertungen spielen Brüche in der Erwerbsbiographie eine wichtige Rolle, sie sind gar signifikanter für den Zuspruch zur AfD als aktuelle Erwerbslosigkeit; dies insbesondere im Osten der Bundesrepublik. Im Wesentlichen würde es in Deutschland den Anhänger_innen der AfD also darum gehen, ihre Privilegien zu verteidigen.

Autor_innen wie Wolfgang Streeck (2017), Andreas Nölke (2017) oder Klaus Dörre (2018) belassen es nicht bei diesen Befunden, sondern gehen einen Schritt weiter und sehen „ein durch den Neoliberalismus verletztes, vermeintlich homogenes Klasseninteresse“ als Triebkraft für das Erstarken von regressiven Politiken, wie Emma Dowling et al. (2017: 411) kritisch bemerken. Niemand hat diesen kollektiven Reflex so pointiert beschrieben wie Didier Eribon für den französischen Kontext:

„So widersprüchlich es klingen mag, bin ich mir doch sicher, dass man die Zustimmung zum Front National zumindest teilweise als eine Art politische Notwehr der unteren Schichten interpretieren muss. Sie versuchten, ihre kollektive Identität zu verteidigen, oder jedenfalls eine Würde, die seit je mit den Füßen getreten worden ist und nun sogar von denen missachtet wurde, die sie zuvor repräsentiert und verteidigt hatten.“ (Eribon 2016 [2009]: 124)

Es sind „die Verdrängten“, argumentiert Streeck (2017), die nun wiederkehren. Der „Kosmopolitismus auf Kosten der ‚kleinen Leute‘ [ist] in einer Demokratie auf die Dauer nicht durchsetzbar“ (Streeck 2017: 271). Integration ‚der Anderen‘ könne ökonomisch Marginalisierte überfordern und wer dies nicht sehe, stehe am Schluss womöglich mit „weniger Integration“ da. Ähnlich Nölke (2017: 22f): Die „Art und Weise, wie das liberale Bürgertum“ während der sogenannten Flüchtlingskrise 2015/2016 – die er ohne Anführungszeichen schreibt – „mit den Sorgen der mittleren und unteren Bevölkerungsgruppen umgesprungen ist“, hätte den Frust jener befördert, die sich schon lange nicht mehr gehört fühlten. Vielschichtiger ist die Argumentationsweise bei Dörre (2018), wenn er Abstiegsängste, rassistische Ressentiments und postdemokratische Herrschaftspraxen miteinander in Beziehung setzt. Jedoch leitet auch er den Zuspruch zur AfD mehr oder weniger direkt von einer vermeintlich verletzten Klassenpositionierung ab.

Insgesamt sind es aus dieser Perspektive nicht so sehr identitätspolitische Konflikte oder Zuwanderung, die im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen. An Immigration würden sich vielmehr ökonomische Verteilungsfragen herauskristalisieren. Betont wird daher, dass die Linke allgemein und insbesondere sozialdemokratische Parteien das ‚eigene‘ Klientel vernachlässigt hätten. Anstelle von Klassenpolitiken hätten sie auf neoliberale Programme und identitätspolitische Projekte zu Gunsten

von Frauen, People of Colour und LGBTIQ umgeschwenkt, was den – weißen, männlichen – Arbeiter zu einer Marginalie degradiere. Das zentrale Defizit dieser Argumentationen liegt darin, dass sie zum einen unterstellen, es gäbe ein kohärentes Empfinden der ökonomisch Marginalisierten, und zum anderen – politisch weit relevanter –, es sei möglich, die regressiven Politiken allein über die Ausweitung von Sozialpolitik einzuhegen. Das Paradoxe ist: Obwohl gerade diese Positionen für sich in Anspruch nehmen ‚die Menschen‘ und ihre Wünsche und Ängste zu hören, werden offenkundiger Rassismus und Ressentiments gegen Frauen auf ein falsches Bewusstsein reduziert, statt sie als eigenständige Probleme ernst zu nehmen.

Staatlichkeit, Herrschaft und die Rolle politischer Eliten spielen in den bisher skizzierten Debatten kaum eine Rolle. Darauf fokussieren indes Beiträge, die in staats- und hegemonietheoretischen Ansätzen wurzeln (vgl. Demirović 2018; Prokla-Redaktion 2016). Sie analysieren das Erstarken regressiver Politiken als Strategie eines Teils der politischen Eliten, welche sich rechtspopulistischer Narrative bedienen würden, um sich in Zeiten der Krise Dominanz zu sichern (Prokla-Redaktion 2016: 509). Die Krise der politischen Ordnung komme darin zum Ausdruck, dass es keiner politischen Kraft gelinge, Machtverhältnisse entscheidend auf die eine oder andere Seite zu bewegen, geschweige denn eine stabile Konstellation zu schaffen. Rechtspopulismus sei hierbei, so Demirović (2018: 29), eine zentrale politische Praxis eines Teils des „Bürgertums“, um breite Schichten in ihr regressives Projekt einzubinden und die „Krise der Repräsentation“ zu überwinden.

Aus dieser Perspektive sind Einstellungsmuster in der Mitte der Gesellschaft relevant. Von weit größerer Bedeutung für die politische Entwicklung ist aber, wie die politischen Eliten sich zu diesen verhalten, wessen Positionen sie als legitim betonen und welche Positionen eher abgetan werden (Demirović 2018: 41). Beispielhaft ist hier die Positionierung von Sigmar Gabriel (zit. nach Böhm 2015) im Januar 2015, seinerzeit Vizekanzler. Damals plädierte er für ein offenes Ohr gegenüber Pegida-Demonstrant_innen in Dresden: „Menschen, die dort hingehen, die Sorgen haben, und die verärgert sind über die Politik, natürlich muss man mit denen reden.“ Als keine zwei Monate später in Frankfurt a. M. anlässlich der Eröffnung des neuen Hauptsitzes der Europäischen Zentralbank zum wiederholten Male Zehntausende gegen die europäische Sparpolitik und die deutsche Rolle bei deren Umsetzung auf die Straßen gingen, waren solche entgegenkommenden Töne nicht zu vernehmen (Mullis 2017b).

4.3 REGRESSIVE IDENTITÄTSPOLITIKEN UND DER NEUE ZORN

In bisweilen starker Abgrenzung zu den oben dargestellten Positionen und als konkurrierendes Erklärungsangebot für das Erstarken regressiver Politiken betonen die folgenden Ansätze Verschiebungen in den Bereichen der Identitätspolitik und der kulturellen Abschottung. Sie greifen damit zentrale Defizite der ökonomisch orientierten Argumentationen auf. Ausgangspunkt ist zum einen der Befund, dass die Fokussierung auf die unteren sozialen Lagen empirisch nicht trägt (vgl. Inglehart/Norris 2016; 2019; Lengfeld 2018; Rippl/Seipel 2018). Erstens wird die AfD letztlich doch durch alle Schichten hindurch gewählt; zweitens fällt ökonomische Marginalisierung als Indikator im Osten und Westen des Landes unterschiedlich ins Gewicht; und drittens wählen in den unteren sozialen Lagen noch immer auch viele links oder gar nicht. Zum anderen bleibt aber auch der Befund, wonach Abstiegs-

erfahrungen zentral für das Erstarken regressiver Politiken sind, nicht unwidersprochen. So kommt die „Vermächtnisstudie“, die die Wochenzeitung *Die Zeit* zusammen mit dem *Institut für angewandte Sozialwissenschaften* und dem *Wissenschaftszentrum-Berlin für Sozialforschung* 2019 zum zweiten Mal nach 2015 durchgeführt hat, zum folgendem Ergebnis: Die aufgeladene politische Stimmung korrespondiert nicht mit einer generellen gesellschaftlichen Verunsicherung und Angst. Im Gegenteil zum Ausdruck komme „eine hohe Stabilität“ gesellschaftlicher Werte und empfundener Sicherheit (Wetzel 2019: 7). Auffällig ist jedoch, die starke Diskrepanz zwischen der stabilen Selbstwahrnehmung und der Wahrnehmung der Handlungen der Mitmenschen, die als brüchig und volatil empfunden werden: „Die Menschen in Deutschland fühlen sich angefasst. Sie nehmen die Veränderungen in der Gesellschaft sehr genau wahr, verneinen, dass sie selbst davon erfasst werden, und überhöhen dabei den Einfluss von Veränderungen auf die anderen. Hier also zeigt sie sich doch: die Angst vor Verlust.“ (Allmendinger 2019: 10).

Viele der einschlägigen Beiträge, die den verbindenden Faktor regressiver Politiken in Einstellungsmustern und Identitätspolitikern erkennen, basieren ebenfalls auf statistischen Erhebungen. Beachtung fand die Arbeit von Ronald Inglehart und Pippa Norris (2016), die in einer europaweiten vergleichenden Studie herausarbeiten, dass die einenden Merkmale von Wähler_innen extrem rechter Parteien in der Ablehnung kosmopolitischer, pluralistischer und post-materialistischer Lebensmodelle sowie in einer grundlegenden Skepsis gegenüber Zuwanderung zu finden sind. Ähnliches arbeiten Susanne Rippl und Christian Seipel (2018) sowie Verena Hambauer und Anja Mays (2018) für die Wähler_innen der AfD heraus.

So teilten Anhänger_innen der Partei durchaus ökonomische Bedrohungswahrnehmungen, weit stärker fälle aber der Wunsch nach einer homogenen Welt und die gemeinsame Ablehnung von Ausländer_innen ins Gewicht. Auch sei politische Entfremdung relevanter als ökonomische Faktoren (Rippl/Seipel 2018: 244–250). Robert Vehrkamp und Klaudia Wegschaidt (2017: 17) zeichnen das Bild eines „diagonalen Riss durch die Mitte der Gesellschaft“. Dieser verlaufe zum einen entlang von sozialer Schicht, zum anderen entlang grundlegender Werteorientierung. Für letztere gelte unabhängig von der sozialen Lage: Je traditionell-konservativer, desto stärker schneidet die AfD ab, und je offener für und angepasster an eine pluralistische Gesellschaft und deren Herausforderungen, desto schwächer schneidet sie ab. Primär ist es, resümiert Holger Lengfeld (2018: 306), das „Gefühl der kulturellen Bedrohung durch die Zuwanderung von ethnisch-kulturell fremden Menschen nach Deutschland“, das für das Erstarken regressiver Politiken verantwortlich zeichne. Hilmer et al. (2017: 125) ergänzen, dass AfD-Wähler_innen, „subjektive[n] Erfahrungen“ von „Zurücksetzung innerhalb der Gesellschaft sowie die Wahrnehmung von Kontrollverlust“ teilen. Aufschlussreich sind in diesem Kontext die Arbeiten von Achim Goerres et al. (2018) sowie Davide Cantoni et al. (2017), die beide auf lange historische Kontinuitäten identitätspolitischer Vorstellungen von Gemeinschaft, Kultur und Zugehörigkeit verweisen. So wird die AfD heute gerade dort gewählt, wo in der Vergangenheit Die Republikaner und NPD bzw. zuvor schon die NSDAP erfolgreich waren. Die regionale Studie von Richter et al. (2019) zu AfD-Präferenz in den Thüringer Gemeinden kommt zu ähnlichen Ergebnissen.

Aus diesen Befunden entspringen zwei Varianten der zeitdiagnostischen Betrachtung: Während die einen eher auf die Transformation des Subjekts in der „Gesellschaft der Individuen“ (Elias 2007

[1991]) und die Multiplikation von Krisenerfahrungen fokussieren (vgl. Charim 2018; Fukuyama 2019; Gesterkamp 2018; Kemper 2014; Mishra 2017), betonen die anderen, nicht zuletzt im Anschluss an Peter Sloterdijk (2006), eine Repräsentationslücke (vgl. Bude 2014; Fraser 2017; Koppetsch 2019; Merkel 2017; Reckwitz 2017). Diese These besagt, dass der in der Gesellschaft vorhandene Zorn sowie die verbreiteten Ängste politisch nicht mehr repräsentiert würden, was eine Lücke hinterlasse, in die die extreme Rechte mit ihren Angeboten vordringe. Aus der Vielzahl an Beiträgen möchten wir für die erste Position jenen von Isolde Charim (2018) und für die zweite jenen von Cornelia Koppetsch (2019) herausgreifen.

Zentral für Charim (2018) ist der Prozess der Pluralisierung. Sie verweist auf die gängige Konnotation des Begriffs, wonach zunehmend Menschen aus unterschiedlichen Kulturen mit unterschiedlichen Traditionsvorstellungen zusammenleben, die Parteienlandschaft sukzessive vervielfacht oder Homosexualität und Transgender zu einem akzeptierten Bestandteil von Gesellschaft werden. Im Kern ihres Argumentes liegt aber die mit der Pluralisierung einhergehende Ausweitung von Kontingenzerfahrungen: die Erfahrung eines jeden Einzelnen, dass die ‚eigene‘ Identität, unabhängig von einer Idee von Klasse, Volk, Geschlecht, Religion letztlich auf Selbstzuschreibung und eigener Entscheidung basiert. Gesellschaftliche Normvorstellungen und dominante Ordnungen spielen weiter eine Rolle, ihre gesellschaftlich homogenisierende Funktion und Platzzuweisung hat aber stark abgenommen. Abhandengekommen ist, so Charim, die Selbstverständlichkeit von Normen. Niemand kann sich seiner Identität sicher sein, es ist immer ein Ringen, ein Auseinandersetzen und Bestätigen. Dies muss, so Charim, nicht zwingend schlecht sein, schafft es doch auch Freiheiten und neue Möglichkeiten der Selbstfindung, kann aber auch zu Überforderung führen (Mannitz 2006: 63–69). Auf jeden Fall aber gibt es kein Zurück.

Die Rebellion gegen den Verlust der Selbstverständlichkeit erfolgt heute gerade von jenen, legt Charim (2018: 31–48) nahe, die sich nach der Stabilität einer klaren Ordnung sehnen. Es ist eine Rebellion jener, die sich als stabile Mehrheit glaubten, nun aber feststellen, dass dem nicht so ist und die sich zunehmend als Minderheit, oder wie es Hochschild (2017) beschreibt, als „fremd in ihrem Land“ empfinden. Gerade weiße Männer, die qua tradiert Verhältnisse näher an Herrschaft und Hegemonie standen, sind vielfach nicht gewillt ihre Vorherrschaft kampflos abzugeben. Insofern ist es für sie „keineswegs zufällig, dass diese Abwehr der Pluralisierung, die Abwehr seitens der Mehrheitsgesellschaft, auf dem Feld der Kultur stattfindet. Denn die Kultur ist ein wesentlicher Schauplatz der Pluralisierung.“ (Charim 2018: 94).

Die Erfahrung, dass die Dinge auch grundlegend anders sein können, bleibt aber auch für die repräsentative Demokratie nicht folgenlos, argumentiert Charim (126–136). Die oben bereits angesprochene Zunahme von Unzufriedenheit mit der faktisch existierenden Demokratie ist also nicht nur Ergebnis von Postdemokratie. Alle wollen mit ihren genuinen Emotionen, Bedürfnissen und Sorgen für sich allein wertgeschätzt und je individuell gehört werden, so Charim (2018: 126–136). Dies könnten die traditionellen politischen Großorganisationen der Repräsentation – Parteien, Gewerkschaften, Kirchen – nicht leisten, warum auch sie an Gewicht verlieren würden. Genau hier greife die extreme Rechte an. Sie habe verstanden, „dass gesellschaftliche Obdachlosigkeit auch emotionale Obdachlosigkeit bedeutet“ (Charim 2018: 139). Die rechten Parteien mobilisieren Negation und Zurückweisung

des Anderen, adressiert werden Einzelpersonen mit ihren individuellen Sorgen, eine Form der Kollektivität jenseits eines abstrakten völkischen Nationalismus gibt es nicht (Charim 2018: 151).

Im Befund, dass Kultur aus strukturellen Gründen im Zentrum der Aufmerksamkeit steht, ist sich Charim einig mit Koppetsch (2019: 164). Ansonsten liegt letztere näher an Autor_innen wie Nancy Fraser (2017) oder auch Andreas Reckwitz (2017): Sie betonen eine Repräsentationslücke, die aus der Konvergenz konservativer und progressiver Vorstellungen von Liberalismus entspringe und in einer „Hegemonie des neuen Liberalismus“ (Reckwitz 2017: 414) gemündet sei, die heute von rechts erfolgreich und zornig angegriffen werde.

Aufgebaut hat sich dieser Zorn, so Koppetsch (2019: 23), als „kollektiver emotionaler Reflex“ auf den nicht verwundenen Epochenbruch, der für sie mit dem Fall der Mauer 1989 einherging. Verstärkt worden seien außerdem die Entfremdungen von Globalisierung und Transnationalisierung dadurch, dass die politische *Generation 1968* mit ihren links-kulturliberalen Vorstellungen erfolgreich den ‚Weg durch Institutionen‘ beschritten habe und dabei ein Bündnis mit markt-liberalen Kräften eingegangen sei (Koppetsch 2019: 83). Nancy Fraser (2017: 82f) spitzt das gleiche Argument so zu: „Die Vertreter der Emanzipationsbewegung verbündeten sich mit den Partisanen des Finanzkapitalismus zum Angriff auf die sozialen Sicherungssysteme. Das Ergebnis ihres Team-ups war: der progressive Neoliberalismus.“

Der Aufstieg extrem rechter Parteien ist folglich gleichermaßen als „Konterrevolution gegen die Folgen der [...] Globalisierungs- und Transnationalisierungsprozesse“ (Koppetsch 2019: 29) zu verstehen wie auch als Abkehr von der Vorherrschaft des progressiven Neoliberalismus. Als Kampf ums Ganze (Koppetsch 2019: 83–85; 88–93) betreffe er mehrere gesellschaftliche Felder gleichzeitig. Angestrebt werde nach Koppetsch die Re-Nationalisierung von Politik, wobei nationale Zugehörigkeit und ökonomische Vorrechte vermeintlich Etablierter wieder wichtiger würden; eine *Re-Souveränisierung*, mittels derer die ‚Ungehörten‘ sich wieder ermächtigen wollten; und der *Re-Vergemeinschaftung* der Gesellschaft als Volksgemeinschaft.

4.4 LOKALISIERTE FORSCHUNG

Der Kern des Disputs, der die dargelegten Debatten in den Gesellschaftswissenschaften prägt, liegt in der Frage, ob *eher* Klassenkonflikt oder *eher* kulturelle Polarisierung das zentrale Moment der Formierung regressiver Politiken darstellt. Die wenigen im deutschen Sprachraum lokal situierten qualitativen Studien, die uns zum Thema bekannt sind (vgl. Becker 2016; Bürk 2012; Hillje 2018; Mullis 2019; Podesta 2018; 2019; Quent/Schulz 2015; Zschocke 2019), legen hingegen nahe, dass dieser Konflikt um eine falsche Frage kreist: Die Befunde verdeutlichen hier, dass das Erstarken regressiver Politiken immer Produkt von historisch eingebetteten, vielfältigen und auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen verorteten sozialen, ökonomischen und kulturellen Erfahrungen und Wahrnehmungen ist, die immer schon verschränkt waren und sind. Auch Arbeiten, die sich mit Frankreich, den USA oder Großbritannien beschäftigen, zeigen dies (vgl. Gest 2016; Hochschild 2017; Mason 2017; Mckenzie 2017).

Besonders sticht hierbei die Arbeit von Justin Gest (2016) hervor: Er untersucht (unter anderem in East London) lokal verankert die Etablierung regressiver Politiken und deren Rationalisierung (Gest 2016: Kap. 3). Die Nöte der Menschen dort sind im Wesentlichen ökonomischer Art, Aufstieg ist kaum möglich. Mit den prekären Lebensverhältnissen, die auf den Zerfall der industriellen Produktion im Stadtteil folgten, hätten sich aber viele abgefunden, bisweilen gar einen Stolz als Arbeiter_in bewahrt. Gest betont daher, dass Angriffe auf die Klassenidentität nicht von der Zuwanderung zu trennen seien. Vielmehr sei ein zentraler Teil des regressiven Aufbegehrens getragen von der Wut darüber, sich vermeintlich auf der gleichen sozialen Stufe mit Migrant_innen wiederzufinden. Dies untergrabe die eigene Positionalität und löse das bislang empfundene Band zwischen Arbeiter_innen und der Nation sowie deren Eliten, von denen man sich verraten fühle. Die Teilung in *wir* – weiße Arbeiter_innen – und *sie* – die Migrant_innen –, werde zu einem zentralen Bezugspunkt für den Statuserhalt, der über die relative Abwertung des Anderen vollzogen wird.

Im deutschsprachigen Kontext ist uns aktuell keine vergleichbare Studie zum konkreten Zusammenwirken globaler, nationalgesellschaftlicher und lokaler Transformationen bekannt. Am ehesten legt der oben (vgl. 3.1) bereits diskutierte Mau (2019) mit seiner Analyse der ostdeutschen Transformationsgesellschaft in Lützen Klein, eine ähnlich situierte Arbeit vor – wenn er auch weit weniger streng als Gest von den lokal situierten Erfahrungen aus argumentiert. Johannes Hillje (2018: 8f) arbeitet heraus, dass viele Menschen in Ost und West mit den gegenwärtigen Zuständen in Deutschland unzufrieden sind. An erster Stelle wird zum Zeitpunkt der Erhebung im Rahmen von Haustürgesprächen Migration als Problem benannt, dann die „politische Praxis“ und erst danach die wirtschaftliche Situation. Allerdings sei der Zuzug ausländischer Menschen an sich weniger Grund zur Sorge als die von ihnen verursachten Kosten „und eine damit verbundene finanzpolitische Benachteiligung deutscher Staatsbürger“ (Hillje 2018: 9; vgl. auch Hauswedell/Mannitz 2011).

Unsere eigene empirische Forschung in Frankfurt a. M. und Leipzig deutet nach der ersten explorativen Phase in eine ähnliche Richtung.⁴ Wir fokussieren darauf, was im konkreten Alltag als relevante Krisenerfahrungen und gesellschaftliche Konflikte wahrgenommen werden; ob und wie sich Abstiegs Erfahrungen und demokratische Exklusion artikulieren; und welche Rolle das Thema Migration dabei spielt. In einem ersten Schritt haben wir mit Expert_innen *über* die Stadtteile gesprochen. Interviewt wurden lokale Vertreter_innen aus Politik, Kirchen und sozialer Arbeit. In einem zweiten Schritt folgen narrative Interviews *mit* Bewohner_innen. Wir beschränken uns dabei nicht auf Wähler_innen der AfD, denn Gründe für das Erstarken regressiver Politiken in einem konkreten Setting lassen sich in der Differenz zu anderen politischen Artikulationen vor Ort besser verstehen.

Im ersten Schritt unserer explorativen Vorstudie konnten wir herausarbeiten, dass in den vier fokussierten Stadtteilen tiefgreifende soziale Transformationsprozesse ablaufen (vgl. Mullis 2019; Zschocke 2019): Veränderte Arbeits- und Konsummuster erodieren die Möglichkeiten der Erfahrung von solidarischer Kollektivität im Alltag. Die Pluralisierung der Bevölkerung, insbesondere durch Zuwanderung von Nicht-Europäer_innen, nehmen viele als Infragestellung etablierter Identität wahr; allgemein schreiten Vereinzelung und Individualisierung voran. Menschen würden eher ko-existieren,

4 Zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Reports läuft die Erhebung der Interviews mit den Bewohner_innen.

als zusammenleben, heißt es. Dies betrifft Menschen unterschiedlicher Sprachgruppen, die kaum in Austausch träten, es sei aber auch Folge sozialer Segregation. Allgemein gebe es nur noch wenige Orte, an denen Menschen sich zwanglos und ungeplant außerhalb des Konsumzwangs treffen könnten.

In allen Stadtteilen spielen auf die eine oder andere Weise urbane Segregationsprozesse eine gewichtige Rolle: Einerseits sind Frankfurt-Nied und Leipzig-Grünau Stadtteile, in die nicht zuletzt Menschen mit niedrigen Einkommen ziehen – was Armutserfahrungen verstärkt –, andererseits schreitet Gentrifizierung in Frankfurt-Riederwald sowie in Leipzig-Schönefeld deutlich voran, was auch bislang ‚gut situierte‘ Bewohner_innen in ihrer konkreten Wohnsituation ebenso wie in Bezug auf ihre Selbstverortung der sozialen Lage bedroht. Berichtet wurde ferner von allgegenwärtigen Gefühlen des Ausschlusses von demokratischen Prozessen. Das betrifft vor allem Investitionen in öffentliche Infrastruktur, Wohnraum und Bildungseinrichtungen. Es mangle nicht an zivilgesellschaftlichen Initiativen, so wurde in den Gesprächen betont, wenngleich sich nur ein kleiner Kreis von Angehörigen der Mittelschicht und kaum Migrant_innen beteiligen würden. An was es fehle, seien Erfolge. Ob es um die Verbesserung von Bildungseinrichtungen, die der öffentlichen ÖPNV-Infrastruktur, um Bibliotheken, Gesundheitsvorsorge oder auch die Sanierung von Wohnungen gehe, kaum je würde positiv auf Begehren aus den Stadtteilen reagiert. Im Kontrast zu den prosperierenden Innenstädten verstärken mangelnde Investitionen in die Stadtteile ein basales Gefühl der Zurücksetzung.

Bereits erste Eindrücke aus narrativen Interviews mit Bewohner_innen in Frankfurt-Riederwald verdeutlichen, wie komplex diese Situation ist. Alle Gesprächspartner_innen, unabhängig von Alter und Parteienpräferenz, thematisierten zwei Dinge: erstens sozioökonomische Abstiegsängste und zweitens ein tiefsitzendes Gefühl der demokratischen Exklusion. Kaum jemand vor Ort glaubt, politisch Gewicht zu haben, denn Entscheidungen würden ohne das eigene Zutun und gegen lokale Befindlichkeiten getroffen. Bruchhafte Abstiegsenerfahrungen sind in vielen Biographien präsent, waren zum Zeitpunkt der Gespräche aber in wenigen Fällen akut. Die raum-zeitliche Erfahrung von Krisen scheint aber eine relevante Dimension für politische Deutungen zu sein. Ökonomischer Abstieg wurde als langsamer, schleichender Prozess beschrieben, die Finanz- und Wirtschaftskrise der 2010er Jahre spielten kaum eine Rolle, wohingegen die ‚Flüchtlingskrise‘ als Einschnitt im eigenen Lebensumfeld erzählt wurde und damit akuter und realer erscheint als ökonomische Fragen.

Mit Abstufungen, dennoch allgegenwärtig waren rassistische Ressentiments gegenüber als fremd wahrgenommenen Menschen, insbesondere solchen, deren Zuzug mit der ‚Flüchtlingskrise‘ in Verbindung gebracht wird: sei es die Präsenz von Kindern nicht-weißer Hautfarbe auf Spielplätzen, der vermeintliche Unwille von ‚Ausländer_innen‘ zur Integration oder die Gefahr, die von ‚fremden‘ Männern auf deutsche Frauen ausgehe. All diese Wahrnehmungen speisten ein Narrativ vom Verlust der einstigen heilen Welt. Ebenfalls präsent waren Konkurrenzerzählungen um staatliche und gesellschaftliche Ressourcen: ‚Warum wird so viel für *die* gemacht, während ich nur knapp über die Runden komme?‘

In all den Studien wird deutlich: kulturelle und ökonomische Faktoren sind derartig verschränkt, dass sie sich wechselseitig produzieren, verstärken oder abmildern – simple Kausalitätsannahmen

aber fehlschlagen. Somit gibt es wohl auch keinen paradigmatischen Weg hin zu regressiven Einstellungen. Um das vielschichtige und bisweilen auch äußerst widersprüchliche Bild heutiger gesellschaftlicher Verschiebungen zu verstehen, braucht es mehr lokal situierte Forschung. Nur in der Analyse von sozialen Praxen in konkreten Zusammenhängen ist es möglich, Ambivalenz zu erfassen, Gemeinsamkeiten und Differenzen zu benennen.

5. PLÄDOYER FÜR EINEN BLICK ‚VON UNTEN‘

Wir plädieren abschließend für einen Perspektivenwechsel. Um die eklatante Zustimmung zu regressiven Politiken zu erhellen, muss empirische Sozialforschung weniger auf Statistiken und große territoriale Einheiten wie den Nationalstaat, ganze Bundesländer oder Städte schauen, sondern auf den Zusammenhang sozialer Erfahrungen vor Ort, und in unterschiedlichen Settings. Wir plädieren also für einen Blick ‚von unten‘, der die Welt von konkreten sozialen Praxen ausgehend erschließt und auf Grundlage situierter Daten abstrahiert. Von den diskutierten Argumentationen nehmen wir indessen im Lichte unserer eigenen Forschung mit, dass Prozesse des Abstiegs, der Entdemokratisierung sowie soziale Lage und Rassismus zentrale Elemente sind, nach denen zu fragen ist.

5.1 KRITISCHE WÜRDIGUNG UND FORSCHUNGSLÜCKEN

Der Bestand sozialwissenschaftlicher Forschung zum Thema belegt: Für die anhaltenden gesellschaftlichen Transformationen sind soziale, kulturelle und identitätspolitische Krisenerfahrungen zentral, wobei nicht bloß Abstiegsprozesse, sondern auch Dynamiken der Individualisierung und Pluralisierung vielfach als krisenhaft erfahren werden. Es lassen sich zentrale Problemfelder der Forschung benennen sowie auch jeweilige Forschungslücken bestimmen:

Erstens finden sich für die gewichtige Frage ‚Warum erstarken regressivere Politiken gerade jetzt?‘ nur begrenzt Antworten. Schließlich sind Abstiegsverfahren, eines der zentralen Erklärungsmomente, keineswegs neu. Sie wurden schon im Kontext der Implementierung der Hartz-Reformen (Butterwegge 2015), (urbaner) Exklusion (Kronauer 2010) und Prekarisierung (Marchart 2013) beschrieben. Zudem waren rechts-autoritäre und fremdenfeindliche Einstellungen, ein zweites zentrales Erklärungsmoment, lange vor dem Aufstieg der AfD in der Mitte der Gesellschaft verankert. Die Wechselwirkung zwischen gesellschaftlicher Transformation und aktueller politischer Artikulation ist offenbar noch zu wenig durchdrungen.

Wir erachten *zweitens* als problematisch, dass alltägliche Wirkkraft und Rezeption der beschriebenen Krisen kaum angesprochen werden – sie werden soziologisch beschrieben und dann als strukturierend ‚gesetzt‘. Wie Menschen die vielfältigen Krisen der gesellschaftlichen, ökonomischen, politischen Transformation erfahren, verorten und deuten, kommt in den vorliegenden Untersuchungen zu kurz. Das Gros an Forschung scheint also durch einen Blick ‚von oben‘ auf Gesellschaft und Subjekt geprägt. Es bedarf daher dringend mehr Forschung, die gesellschaftliche Transformationen

von ‚unten‘ nach ‚oben‘ durcharbeitet und dabei Wahrnehmungsweisen von Transformationsprozessen und deren Umschlagen in Politik befragt.

Wir erkennen *drittens* hinsichtlich der empirischen Grundlage vieler Forschungsarbeiten eine grundlegende Schwäche: Entweder sie begnügen sich in der Beschreibung von Statistiken und Korrelationen, oder sie verorten dieselben Statistiken gesellschaftstheoretisch. Dabei stellen quantitative Abfragen Prozesse und Einstellungen nur in ihrer bereits artikulierten Form dar. Politische Wirklichkeiten und Entscheidungsbildung werden auf diese Weise vom Ende hergedacht und homogenisiert: Es gibt A oder B. Wie A oder B zustande kommen und welche Kämpfe darum geführt wurden und werden, kann nur bedingt erfasst werden. Es mangelt also grundlegend an qualitativer Forschung zum Thema.

Eine *vierte* Problematik liegt in der mangelnden kleinteiligen Verortung, und zwar im wörtlichen Sinne. Das Gros der Autor_innen trägt die Brille des methodischen Nationalismus, beschreibt also nationale Gesellschaften, am ehesten noch getrennt in Ost und West. Detailliertere Betrachtungen von konkreten Orten in ihrer global-lokalen Verwobenheit fehlen weitestgehend. Dabei können Pfade der Politisierung, und darauf verweisen die existierenden lokalisierten Studien deutlich, durchaus unterschiedlich sein und dennoch in die gleiche Richtung ausschlagen. David Harvey (2019) bringt dies auf den Punkt, wenn er über die Stärken von vergleichender lokalisierter Forschung spricht: „What you understand by comparison is, that the same things are done differently.“

Abschließend wollen wir die politischen Implikationen problematisieren. Einseitige Blicke auf soziale Lage und ökonomische Faktoren suggerieren, dass regressive Politiken auf dem Feld von Sozialpolitik eingefangen werden können. Die Logik in Kürze: mehr Sozialprogramme weniger Probleme. Das verkennet nicht nur die Wirkkraft von Ressentiments und Rassismus, sondern auch deren mögliche Spiegelung in exklusiven und autoritären Sozialpolitiken. Wer für eine identitätspolitische Repräsentationslücke argumentiert, klammert hingegen aus, dass es durchaus Bewegungen von Links gab, diese ‚Lücke‘ zu füllen. Der „progressive Neoliberalismus“ war zu keinem Zeitpunkt einheitliches Projekt der Linken. So formulierten die globalisierungskritische Bewegung in den 2000ern oder die Krisenproteste und Occupy in den 2010er Jahren alternative Perspektiven, wenn auch erfolglos. Andererseits ist das aktuelle Erstarken regressiver Politiken nicht ohne Zutun von Teilen politischer Eliten zu erklären, dies führt uns zu einer *fünften* Leerstelle. Es mangelt an lokalisierter Forschung, die explizit auch Herrschaftspraxen miteinbezieht und die auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen vollzogene Produktion alltäglicher Ordnung ernstnimmt. Es geht um die Frage, welche Rolle gesellschaftliche Strukturen für die Ermöglichung/Verunmöglichung bestimmter politischer Projekte spielen.

5.2 ABSTIEG, ENTDEMOKRATISIERUNG, SOZIALE LAGE UND RASSISMUS

Um die aufgezeigten Leerstellen der Forschung zu adressieren, ist „dem Faktor politische Subjektivität“ in der Analyse politischer Konflikte ein größerer Stellenwert einzuräumen (Dubiel 1986: 44). Helmut Dubiel, der diese Forderung bereits in den 1980er Jahren erhebt, geht es darum, von lokalisierten

Prozessen ausgehend, die Verwobenheit von Subjekt und Gesellschaft nachzuzeichnen. Mit politischer Subjektivierung verbindet er „Erfahrungen, welche die Übernahme einer politischen Einstellung, die Bildung einer Meinung, nicht nur nach außen legitimieren“ (Dubiel 1986: 45), sondern welche zugleich die Selbstwahrnehmung bestimmen. Es geht um „Glückserwartungen, Gerechtigkeitsansprüche, Bedürfnisse nach sozialer Anerkennung und kultureller Identität“ (Dubiel 1986: 45).

Politische Subjektivierung in diesem Sinne ist ein alltäglicher Prozess. Er vollzieht sich an spezifischen Orten, die Produkte historischer Auseinandersetzung, gesellschaftlich kodiert, von Macht durchzogen und umkämpft sind, kurz: die *als Orte* von Bedeutung sind (vgl. Dikeç 2013; Kallio 2017; Mannitz 2006; Mullis 2017b). Wie Henri Lefebvre (2014) unterstreicht, bedürfen alle Dinge seien es Normen, Beziehungen, Handlungsweisen oder Gesetze der Verankerung im gelebten Alltag, denn reine Ideologie gibt es nicht. Ohne die routinisierte Verankerung in Alltagspraxen, gerät die Ordnung in die Krise und kollabiert womöglich (Mullis 2017b: 94ff). Um dieses Moment von Subjektivierung in lokalisierten alltäglichen Erfahrungen und Praxen zu betonen, sprechen wir von *alltäglicher politischer Subjektivierung*.

Aus den oben diskutierten Beiträgen zur Debatte um regressive Politiken sowie unserer eigenen empirischen Forschung (vgl. 3.4, Mullis 2019; Zschocke 2019) schließen wir, dass eine multidimensionale Perspektive auf regressive Politiken, notwendig ist. Wir folgen damit der Aufforderung von Demirović und Maihofer (2013: 40), unvoreingenommen „verschiedenen Macht- und Herrschaftsmechanismen gleichermaßen Rechnung zu tragen und sowohl in ihrer jeweiligen Autonomie als auch in ihrem konstitutiven Zusammenhang zu begreifen“. Wir bestimmen vier relevante Dimensionen: Abstieg, Entdemokratisierung, soziale Lage und Rassismus.

Sozialer *Abstieg*, Deklassierung sowie Gefühle der Zurücksetzung sind zentral. Indessen geht es nicht primär um faktische sozio-ökonomische Deklassierung bzw. um objektiv von Armut betroffene Menschen, sondern wesentlich um Ängste vor dieser. Solche Gefühle sind aber, und hier ist Nachtwey (2016) dringend zu ergänzen, nicht allein Resultat von Transformationen im Bereich ökonomischer Regulierungen im Innern des Nationalstaats. Männer etwa erfahren den Verlust von politischem und gesellschaftlichem Gewicht potenziell als Abstieg, wenn Frauen gleichberechtigten Zugang einfordern. Gleiches gilt für westliche Gesellschaften insgesamt, wenn sie vergegenwärtigen, dass das Zeitalter westlicher Hegemonie ein Ende gefunden hat und Schwellenländer wesentlich an Macht gewinnen. Gefühle von Abstieg können auch aufkommen, wenn die ‚einheimische‘ weiße Bevölkerung ihre vermeintlichen Etabliertenvorrechte angesichts internationaler Zuwanderung nicht mehr gewahrt sieht. Verunsicherung und ein Gefühl von Abstieg muss letztlich nicht einmal mit eigener Erfahrung korrespondieren, es reicht, dass die Anderen, die Menschen um einen herum, als nicht mehr zuverlässig und der Gesellschaft abgewandt empfunden werden. In einer Situation, in der das politische, soziale und ökonomische Gefüge soziologisch beschreibbar unsicherer wird, kann der Wunsch bzw. das Festhalten an Stabilität selbst zum Ausgangspunkt von Abstiegserfahrungen werden. Abstieg erfährt dann die Gesellschaft um einen herum, die einen mit herunterzieht – insofern können regressive Politiken auch aus Stabilität entspringen. Insgesamt ist Abstieg auf jeden Fall ein relevanter Faktor, er muss sehr offen gefasst werden und wirkt immer nur im relationalen Gefüge gesellschaftlicher Hierarchien.

Ein weiterer zentraler Prozess, der sich in unserer eigenen Forschung als sehr bedeutsam gezeigt hat und auch in den dominanten Debatten zum Tragen kommt, ist *Entdemokratisierung*. Dabei werden unterschiedliche Ebenen angesprochen: der Ausschluss aus der real existierenden Demokratie, Postdemokratie als die Ausweitung quasi feudaler und marktförmiger Regierungsweisen und ferner die Krise der Repräsentation. In der Summe ergibt sich ein ambivalentes Bild der Polarisierung und Politisierung von Gesellschaft: Kurioserweise ist es gerade die AfD, die Nichtwähler_innen wieder in die politische Repräsentation holt. Aber auch linke und menschenrechtsorientierte soziale Bewegungen vermögen weiterhin stark zu mobilisieren, wenngleich sie weit weniger politische Resonanz finden als die vermeintlich ‚besorgten Bürger_innen‘ des rechten Spektrums. Auch der aktuell enorme Erfolg von Bündnis90/Die Grünen lässt sich so deuten, dass er sowohl Folge der politischen Polarisierung und der Krise der sogenannten Volksparteien als auch Reaktion auf das Erstarken der AfD ist. In gewisser Weise markieren diese Entwicklungen das „Ende der Postdemokratie“ (Mullis 2017a): Es wird wieder gerungen um Gesellschaft und ihre einst stabil geglaubten Fundamente geraten dabei ins Wanken. Zugleich nehmen die von Crouch (2008) beschriebenen postdemokratischen Elemente des Regierens zu und forcieren einen „autoritären Populismus“ (Demirović 2018).

Wenn auch unterschiedlich priorisiert: *Soziale Klasse* ist in diesen Transformationen ein strukturierender Faktor. Von zentraler Bedeutung scheint uns, dass die Bürden wie auch die Ressourcen, um mit der Globalisierung von Kapital und Migration, neoliberaler Individualisierung und Marktansprüchen umzugehen, in der Gesellschaft sehr ungleich verteilt sind. Es sind die ökonomisch Marginalisierten, die ungleich mehr belastet werden: in ihren Wohnquartieren entfaltet sich Austerität stärker; die Wohnungssituation ist gedrängter; es gibt kaum mehr öffentliche Orte, um aus der privaten Enge zu entinnen; es mangelt an lokaler Infrastruktur und Sozialversorgung; gute Bildung ist schwerer zugänglich, und der im sozialen Milieu erlernte Habitus erschwert es, die gegebenenfalls erworbene Bildung gewinnbringend einzusetzen. Auch Lasten der Integration von Zugewanderten werden in ökonomisch unterprivilegierten Quartieren stärker als solche erfahrbar als in den homogenen, hippen Vierteln der Wohlhabenden (vgl. Franz et al. 2019; Gest 2016; Hall 2003; Koppetsch 2019; Kronauer 2010; Wacquant 2017). All dies bedeutet keine kausale Verbindung von sozialer Lage und Zuspruch zu rechten Parteien, fördert aber in den weniger wohlhabenden Soziallagen Wahrnehmungen, die rechtes Gedankengut einfacher verfangen lassen.

Abschließend ist es *Rassismus* in all seinen Schattierungen, auf den stärker fokussiert werden muss. In regelmäßigen Abständen verdeutlichen Studien, wie weit verbreitet die Abwertung anderer Menschen auf Grund von rassistischen Konstruktionen und kulturalistischen Schemata ist. Jedoch verengen diese Studien vielfach den Blick auf das einzelne Individuum und unterstellen in der Tendenz ein ‚falsches Bewusstsein‘. Verkannt wird die strukturelle Dimension von Rassismus, die auch in unseren Interviews immer wieder durchscheint (vgl. Balibar/Wallerstein 1990; Hall 2012; Miles 2014 [1989]; Türkmen 2008). Balibar schreibt dazu im Dialog mit Wallerstein: „Im Rassismus geht es [...] darum, Stimmungen und Gefühle zu organisieren“ (Balibar/Wallerstein 1990: 24). Dabei geben rassistische Ideologien dem Subjekt Messlatten, nicht nur um zu verstehen, „was die Individuen erleben, sondern auch, was sie innerhalb der gesellschaftlichen Welt sind“ (Balibar/Wallerstein 1990: 26). Rassismus hält Dinge und Akteur_innen an ‚ihrem‘ Platz, legitimiert Verteilungen und durchdringt Gesellschaft als Ganzes. Ohne Rassismus würden Verteilungsängste nicht entlang von Hautfarbe

oder Abstammung verlaufen: Je stärker „die Anderen“ Rechte auf einen sichtbaren Platz, auf gleiche Bildungs- und Lebenschancen oder auf Möglichkeiten die Gesellschaft mitzugestalten geltend machen (Bojadžijev 2012), desto stärker diffamieren diejenigen, die sich aufgrund ihrer Herkunft oder Hautfarbe in ihren Ansprüchen als berechtigter betrachten, die Präsenz „der Anderen“ als Bedrohung (Mannitz/Schneider 2014: 90).

Regressive Politiken sind also, so viel können wir auf Basis unserer Forschung jetzt schon sagen, keinesfalls einfach Folge von Zurücksetzung, eines Mangels an Repräsentation oder Herausforderungen der Globalisierung. Sie gründen auf einer spezifischen Sicht auf die Welt, welche erfahrene bzw. vermeintliche Ungerechtigkeit in einen Gesamtzusammenhang stellt. Die Brille, durch die dieser Blick auf die Welt erfolgt, ist zunehmend Rassismus. Aber auch Rassismus alleine ist keine Erklärung für das aktuelle Erstraken regressiver Politiken. Beispielsweise verweist Eribon (2016 [2009]: Kap 3) darauf, dass Rassismus auch zu Zeiten der Vorherrschaft der Kommunistischen Partei in den französischen Vorstädten niemals abwesend war, er wurde aber nicht als identitätsstiftendes Element mobilisiert. Es bedarf dafür politischer Angebote und einer gesamt-gesellschaftlichen Stimmung, die Rassismus als Bindeglied mobilisiert – wofür längst nicht nur die AfD verantwortlich zeichnet: Sarrazin riss die Tore weit auf, und in den Jahren nach 2015 waren es u.a. Politiker_innen wie Horst Seehofer, Alexander Dobrindt (beide CSU) oder Christian Lindner (FDP) aber auch Sahra Wagenknecht (Die Linke) oder Boris Palmer (Bündnis 90/Die Grünen) die mit fremdenfeindliche Positionen und rechten Narrativen zumindest öffentlichkeitswirksam kokettierten.

Zum Abschluss ist uns wichtig zu betonen, dass auch die vier angerissenen Dimensionen nicht alles zu erklären in der Lage sind. Gesellschaftliche Komplexität lässt sich immer nur in Annäherungen beschreiben. Zudem ist auch Politik keine rein rationale Praxis, sondern operiert immer auch mit Elementen der Irrationalität, Spontaneität und Behauptungen, entzieht sich also latent dem objektivierenden Zugriff. Die Herausforderung besteht darin, in einer Welt beständigen Wandels trotz Kontingenz und Heterogenität sozialer Prozesse Wirkungszusammenhänge aufzuzeigen. Uns scheint, dass dies insbesondere in und durch lokalisierte Forschung mit einem Blick von unten und der kritischen Würdigung der bestehenden Forschung gelingen kann.

- Adorno, Theodor W. 2019 [1967]: Aspekte des neuen Rechtsradikalismus. Berlin.
- Adorno, Theodor W. 2017 [1950]: Studien zum autoritären Charakter. Berlin.
- Allmendinger, Jutta 2019: Verräterische Distanz. In: Die Zeit/infas/WZB (Hrsg.): Das Vermächtnis. Hamburg, 9–10.
- Balibar, Étienne/Wallerstein, Immanuel 1990: Rasse, Klasse, Nation. Hamburg.
- Beck, Ulrich 1986: Risikogesellschaft. Frankfurt a. M.
- Becker, Rainer 2016: Wenn abstrakte Items auf die Wirklichkeit der Stammtische treffen. In: Frindte, Wolfgang/Geschke, Daniel/Haußecker, Nicole/Schmidtke, Franziska (Hrsg.): Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“. Wiesbaden, 443–461.
- Begrich, David 2019: Systemkollaps hat geprägt. In: TAZ, 12.8.2019, <http://www.taz.de>; 2.9.2019.
- Belina, Bernd 2018: Wo wird rechts gewählt? Vortrag vom 1.12.2018 an der AKG Jahrestagung in Hamburg.
- Bernet, Tobias 2019: Stadtstaaten oder Barbarei? (Anti-)Urbanität, Demographie und municipale Perspektiven. In: sub\urban 7: 1/2, 45–68.
- Bernet, Tobias/Bescherer, Peter/Beurskens, Kristine/Feustel, Robert/Michel, Boris 2019: Stadt von Rechts? In: sub\urban 7: 1/2, 7–22.
- Bhambra, Gurinder K. 2017: Brexit, Trump, and ‚Methodological Whiteness‘. In: The British journal of sociology 68: 1, 214–232.
- BMI 2019: Politisch Motivierte Kriminalität im Jahr 2018. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Berlin.
- Bojadžijev, Manuela 2012: Die windige Internationale. Münster.
- Böhm, Markus 2015: Einladung nach Dresden: SPD-Chef Gabriel diskutiert mit Anhängern von Pegida. In: Spiegel Online, 24.1.2015, www.spiegel.de; 31.8.2016.
- Brähler, Elmar/Kiess, Johannes/Decker, Oliver 2016: Politische Einstellungen und Parteipräferenz. In: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hrsg.): Die enthemmte Mitte. Gießen, 67–94.
- Bröckling, Ulrich 2007: Das unternehmerische Selbst. Frankfurt a. M.
- Bude, Heinz 2014: Gesellschaft der Angst. Hamburg.
- Bürk, Thomas 2012: Gefahrenzone, Angstraum, Feindesland? Münster.
- Butterwegge, Christoph 2015: Hartz IV und die Folgen. Weinheim/Basel.
- Butterwegge, Christoph 2016 [2009]: Armut in einem reichen Land. 4. Auflage. Frankfurt a. M.
- Cantoni, Davide/Hagemeister, Felix/Westcott, Mark 2017: Persistence and Activation of Right-Wing Political Ideology. Discussion Paper No. 2017–14. München: Department of Economics University of Munich.
- Charim, Isolde 2018: Ich und die Anderen. Wien.
- Crouch, Colin 2008: Postdemokratie. Frankfurt a. M.
- Decker, Frank (Hrsg.) 2006: Populismus in Europa. Bonn.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar 2016: Ein Jahrzehnt der Politisierung. In: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hrsg.): Die enthemmte Mitte. Gießen, 95–136.

- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hrsg.) 2018: Flucht ins Autoritäre. Gießen.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Eggers, Eva/Brähler, Elmar 2016: Die „Mitte“-Studie 2016. In: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hrsg.): Die enthemmte Mitte. Gießen, 23–66.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Schuler, Julia/Handke, Barbara/Brähler, Elmar 2018a: Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018. In: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hrsg.): Flucht ins Autoritäre. Gießen, 65–115.
- Decker, Oliver/Schuler, Julia/Brähler, Elmar 2018b: Das autoritäre Syndrom heute. In: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hrsg.): Flucht ins Autoritäre. Gießen, 117–156.
- Demirović, Alex 2018: Autoritärer Populismus als neoliberale Krisenbewältigungsstrategie. In: Prokla 48, 1: 27–42.
- Demirović, Alex/Maihofer, Andrea 2013: Vielfachkrise und die Krise der Geschlechterverhältnisse. In: Nickel, Hildegard Maria/Heilmann, Andreas (Hrsg.): Krise, Kritik, Allianzen. Weinheim, 30–48.
- Deppisch, Larissa/Klärner Andreas/Osigus, Torsten 2019: Ist die AfD in ländlichen Räumen besonders erfolgreich? In: IDZ (Hrsg.): Wissenschaft Demokratie. Band 5: 75–87.
- Dikeç, Mustafa 2013: Beginners and Equals. In: Transactions of the Institute of British Geographers 38: 1, 78–90.
- Dörre, Klaus 2018: In der Warteschlange. Rassismus, völkischer Populismus und die Arbeiterfrage. In: Becker, Karina/Dörre, Klaus/Reif-Spirek, Peter (Hrsg.): Arbeiterbewegung von rechts? Frankfurt a. M., 49–80.
- Dowling, Emma/van Dyk, Silke/Graefe, Stefanie 2017: Rückkehr des Hauptwiderspruchs? In: Prokla 47: 3, 411–420.
- Dubiel, Helmut 1986: Das Gespenst des Populismus. In: Dubiel, Helmut (Hrsg.): Populismus und Aufklärung. Frankfurt a. M., 33–50.
- Elias, Norbert 2007 [1991]: Die Gesellschaft der Individuen. Frankfurt a. M.
- Elias, Norbert/Scotson, John L. 2002 [1965]: Etablierte und Außenseiter. Frankfurt a. M.
- Eribon, Didier 2016 [2009]: Rückkehr nach Reims. Berlin.
- FAZ 2019: Höcke drängt in den Bundesvorstand der AfD. In: <https://www.faz.net>, 28.10.2019; 30.10.2019.
- Feustel, Robert/Bescherer, Peter 2018: Der doppelte Populismus. In: Berliner Debatte Initial 29: 2, 140–152.
- Forschungsgruppe Wahlen 2019a: Wahlanalyse Europa 2019, <https://www.forschungsgruppe.de>; 3.7.2019.
- Forschungsgruppe Wahlen 2019b: Wahlanalyse Brandenburg 2019, <https://www.forschungsgruppe.de>; 30.10.2019.
- Forschungsgruppe Wahlen 2019c: Wahlanalyse Sachsen 2019, <https://www.forschungsgruppe.de>; 30.10.2019.
- Forschungsgruppe Wahlen 2019d: Wahlanalyse Thüringen 2019, <https://www.forschungsgruppe.de>; 30.10.2019.

- Foroutan, Naika/Kalter, Frank/Canan, Coşkun/Simon, Mara 2019: Ost-Migrantische Analogien I. <https://dezim-institut.de/das-dezim-institut/abteilung-konsens-konflikt/ost-migrantische-analogien-i-konkurrenz-um-erkennung/>; 17.09.2019.
- Förtner, Maximilian/Belina, Bernd/Naumann, Matthias 2019: Stadt, Land, AfD. In: *sub\urban* 7: 1/2, 23–44.
- Franz; Christian/Fratzcher, Marcel/Kritikos, Alexander 2018: AfD in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblemen stärker. In: *DIW Wochenbericht* 8, 136–144.
- Franz; Christian/Fratzcher, Marcel/Kritikos, Alexander 2019: Grüne und AfD als neue Gegenpole der gesellschaftlichen Spaltung in Deutschland. In: *DIW Wochenbericht* 34, 591–602.
- Fraser, Nancy 2017: Vom Regen des progressiven Neoliberalismus in die Traufe des reaktionären Populismus. In: Geiselberger, Heinrich (Hrsg.): *Die große Regression*. Berlin, 77–91.
- Fukuyama, Francis 2019: *Identität. Wie der Verlust der Würde unsere Demokratie gefährdet*. Hamburg.
- Geiselberger, Heinrich (Hrsg.) 2017: *Die große Regression*. Berlin.
- Gest, Justin 2016: *The New Minority*. New York, NY.
- Gesterkamp, Thomas 2018: Männerpolitik und (Anti-)Feminismus. In: *APuZ* 68: 17, 34–39.
- Goerres, Achim/Spies Dennis C./Kumlin, Staffan 2018: The Electoral Supporter Base of the Alternative for Germany. In: *Swiss Political Science Review* 24: 3, 246–269.
- Häusler, Alexander (Hrsg.) 2016: *Die Alternative für Deutschland*. Wiesbaden.
- Häusler, Alexander (Hrsg.) 2018: *Völkisch-autoritärer Populismus*. Hamburg.
- Hall, Stuart 1980: Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus. In: *Ausgewählte Schriften* 5, Hamburg, 101–120.
- Hall, Stuart 2003: Die Stadt: kosmopolitische Versprechungen und multikultureller Realitäten. In: *Ausgewählte Schriften* 5, Hamburg, 172–197.
- Hall, Stuart 2012: *Rassismus und kulturelle Identität*. *Ausgewählte Schriften* 2. Hamburg.
- Hambauer, Verena/Mays, Anja 2018: Wer wählt die AfD? In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 12: 1, 133–154.
- Harvey, David 2005: *A Brief History of Neoliberalism*. Oxford: Oxford University Press.
- Harvey, David 2019: „Permanent Crisis. The Global and the Local“. Keynote Discussion with Dina Vavou. 19.4.2019, ICCG Athens.
- Hauswedell, Corinna/Mannitz, Sabine (2011): Zielkonflikt Einwanderung. Woran fehlt es dem European Dream? In: Johannsen, Margret/Schoch, Bruno/Hauswedell, Corinna/Debiel, Tobias/Fröhlich, Christiane (Hrsg.), *Friedensgutachten 2011*, Berlin: LIT Verlag, 102–113 https://www.friedensgutachten.de/user/pages/04.archiv/2011/Friedensgutachten_2011.pdf; 25.9.2019
- Heitmeyer, Wilhelm 1994a: Das Desintegrations-Theorem. In: Heitmeyer, Wilhelm/Backes, Otto/Dollase, Rainer (Hrsg.): *Das Gewalt-Dilemma*. Frankfurt a. M., 29–69.
- Heitmeyer, Wilhelm 1994b: Der Blick auf die „Mitte“ der Gesellschaft. In: Heitmeyer, Wilhelm/Backes, Otto/Dollase, Rainer (Hrsg.): *Das Gewalt-Dilemma*. Frankfurt a. M., 11–26.

- Heitmeyer, Wilhelm 2018: *Autoritäre Versuchungen*. Berlin.
- Hillje, Johannes 2018: *Rückkehr zu den politisch Verlassenen*. Berlin.
- Hilmer, Richard/Kohlrausch, Bettina/Müller-Hilmer, Rita/Gagné, Jérémie 2017: *Einstellung und soziale Lebenslage*. HBS-Workingpaper 44. Düsseldorf.
- Hochschild, Arlie R. 2017: *Fremd in ihrem Land*. Frankfurt.
- Honneth, Axel 2002: *Organisierte Selbstverwirklichung. Paradoxien der Individualisierung*. In: Honneth, Axel (Hrsg.): *Befreiung aus der Mündigkeit*. Frankfurt a. M.: 141–158.
- Hövermann, Andreas/Groß, Eva 2016: *Menschenfeindlicher und rechtsextremer – Die Veränderung der Einstellungen unter AfD-Sympathisanten zwischen 2014 und 2016*. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela (Hrsg.): *Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände*. Bonn, 167–183.
- Inglehart, Ronald/Norris, Pippa 2016: *Trump, Brexit, and the Rise of Populism. Economic Have-Nots and Cultural Backlash*. In: HKS Working Paper, RWP16-026.
- Inglehart, Ronald/Norris, Pippa 2019: *Cultural backlash. Trump, Brexit, and Authoritarian Populism*. Cambridge.
- Jaschke, Hans-Gerd 1993: *Die „Republikaner“*. Bonn.
- Kallio, Kirsi P. 2017: *Shaping Subjects in Everyday Encounters: Intergenerational Recognition in Intersubjective Socialization*. In: *Environment Planning D* 35: 1, 88–106.
- Kahrs, Horst 2019: *Die Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen 2019*. <https://www.rosalux.de/publikation/id/40926/die-landtagswahlen-in-brandenburg-und-sachsen-2019/>; 17.9.2019.
- Karakayali, Serhat/Tsianos, Vassilis 2002: *Migrationsregimes in der Bundesrepublik Deutschland*. In: Demirović, Alex/Bojadzije, Manuela (Hrsg.): *Konjunktoren des Rassismus*. Münster, 246–267.
- Kaschuba, Wolfgang (2016): *Die Rache der Dörfer*. In: *Deutschlandfunk Kultur*, 14.11.2016, <https://www.deutschlandfunkkultur.de>; 27.3.2019.
- Kemper, Andreas 2014: *Keimzelle der Nation? Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD – eine Expertise*. Bonn.
- Kipfer, Stefan/Dikeç, Mustafa 2019: *Peripheries Against Peripheries? Against Spatial Reification*. In: Güney, Murat/Keil, Roger/Üçoğlu, Murat (Hrsg.): *Massive Suburbanization*. Toronto, 35–55.
- Klein, Naomi 2007: *The Shock Doctrine*. London.
- Koppetsch, Cornelia 2019: *Die Gesellschaft des Zorns*. Bielefeld.
- Kronauer, Martin 2010: *Exklusion*. Frankfurt a.M.
- Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm/Rees, Jonas 2019: *Aufputschen von Rechts*. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (Hrsg.): *Verlorene Mitte*. Bonn, 173–202.
- Lefebvre, Henri 2014: *Critique of Everyday Life*. Vol. 1-3. New York, NY/London.
- Leggewie, Claus 2017: *Die Abgehängten*. NDR – Gedanken zur Zeit, 6.8.2017.
- Lengfeld, Holger 2018: *Der „Kleine Mann“ und die AfD. Was steckt dahinter?* In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70: 2, 295–310.
- Mannitz, Sabine 2006: *Die verkannte Integration. Eine Langzeitstudie unter Heranwachsenden aus Immigrantenfamilien*. Bielefeld.

- Mannitz, Sabine; Schneider Jens 2014: Vom „Ausländer“ zum „Migrationshintergrund“: Die Modernisierung des deutschen Integrationsdiskurses und seine neuen Verwerfungen. In: Nieswand, Boris/Drotbohm, Heike (Hrsg.): Kultur, Gesellschaft, Migration. Wiesbaden.
- Manow, Philip 2018: Die Politische Ökonomie des Populismus. Berlin.
- Marchart, Oliver 2013: Die Prekarisierungsgesellschaft. Bielefeld.
- Mason, Paul 2017: Keine Angst vor der Freiheit. In: Geiselberger, Heinrich (Hrsg.): Die große Regression. Berlin, 149–174.
- Mau, Steffen 2019: Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft. Berlin.
- Mckenzie, Lisa 2017: The Class Politics of Prejudice. In: The British Journal of Sociology 68:1, 265–280.
- Merkel, Jana/Richter, Michael 2018: Am rechten Rand, ARD 15.10.2018.
- Merkel, Wolfgang 2017: Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie. In: Harfst, Philipp/Kubbe, Ina/Poguntke, Thomas (Hrsg.): Parties, Governments and Elites. Wiesbaden, 9–23.
- Merrifield, Andy 2002: Metromarxism. New York, NY.
- Miles, Robert 2014 [1989]: Rassismus. Hamburg.
- Mishra, Pankaj 2017: Das Zeitalter des Zorns. Frankfurt a. M.
- Mudde, Cas/Kaltwasser Cristóbal Rovira 2017: Populism. Oxford.
- Mullis, Daniel 2017a: Das Ende der Postdemokratie, den Pessimismus überwinden. In: Prokla 47: 3, 487–494.
- Mullis, Daniel 2017b: Krisenproteste in Athen und Frankfurt. Münster.
- Mullis, Daniel 2019: Urban Conditions of the Rise of the Far Right in the Global City of Frankfurt. In: Urban Studies, DOI: 10.1177/0042098019878395.
- Murray, Warwick E. 2006: Geographies of Globalization. London/New York, NY.
- Nachtwey, Oliver 2016: Die Abstiegsgesellschaft. Berlin.
- Nölke, Andreas 2017: Linkspopulär. Frankfurt a. M.
- Peters, Ulrich 2014: Unbeugsam und Widerständig. Münster.
- Podesta 2018: Urbaner Populismus? Das Gefahrenpotenzial der Stadtentwicklung. Workingpaper 1, <http://podesta-projekt.de>; 5.12.2018.
- Podesta 2019: Antiurbane Utopien. Die Stadt im Diskurs der Rechten. Workingpaper 2, <http://podesta-projekt.de>; 28.6.2019.
- Poulantzas, Nicos 2002 [1978]: Staatstheorie. Hamburg.
- Prokla-Redaktion 2016: Der globale Kapitalismus im Ausnahmezustand. In: Prokla 46: 4, 507–542.
- Putnam, Robert D. 2000: Bowling Alone. New York, NY.
- Quent, Matthias 2016: Sonderfall Ost – Normalfall West? In: Frindte, Wolfgang/Geschke, Daniel/Hauß Becker, Nicole/Schmidtke, Franziska (Hrsg.): Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“. Wiesbaden, 99–118.
- Quent, Matthias/Schulz, Peter 2015: Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Wiesbaden.

- Rada, Uwe 2017: Die Rache der Peripherie. In: TAZ, 1.10.2017, <http://www.taz.de>; 19.06.2019.
- Reckwitz, Andreas 2017: Die Gesellschaft der Singularitäten. Berlin.
- Richter, Christoph/Bösch, Lukas 2017: Demokratieförne Räume? Wahlkreisanalyse zur Bundestagswahl 2017. Jena: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft.
- Richter, Christoph/Salheiser, Axel/Quent, Matthias 2019: Die AfD zur Kreistagswahl in Thüringen 2019. Jena.
- Rippl, Susanne/Seipel, Christian 2018: Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 70: 2, 237–254.
- Roth, Roland/Rucht Dieter (Hrsg.) 2008: Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Frankfurt a. M.
- Salzborn, Samuel 2017: Angriff der Antidemokraten. Weinheim.
- Sennet, Richard 2008 [1974]: Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Berlin.
- Sloterdijk, Peter 2006: Zorn und Zeit. Frankfurt a. M.
- Stadt Frankfurt 2017: Bundestagswahl 2017 in Frankfurt. Frankfurt a. M.
- Starzacher, Karl (Hrsg.) 1992: Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie? Köln.
- Stöss, Richard 2000: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Berlin.
- Streeck, Wolfgang 2017: Die Wiederkehr der Verdrängten als Anfang vom Ende des neoliberalen Kapitalismus. In: Geiselberger, Heinrich (Hrsg.): Die große Regression. Berlin, 252–273.
- Türkmen, Ceren 2008: Migration und Regulierung. Münster.
- Vehrkamp, Robert/Wegschaidt Klaudia 2017: Populäre Wahlen. Gütersloh.
- Wacquant, Loïc 2017: Die Verdammten der Stadt. Wiesbaden.
- Weiß, Volker 2017: Die autoritäre Revolte. Stuttgart.
- Weiß, Volker 2019: „Der ‚Flügel‘ um Höcke greift wohl nach der ganzen Partei“. In: Frankfurter Rundschau, 12.8.2019.
- Wetzel, Jan 2019: Alles bleibt anders. In: Die Zeit/infas/WZB (Hrsg.): Das Vermächtnis. Hamburg, 6–8.
- Wildt, Michael 2017: Volk, Volksgemeinschaft, AfD. Hamburg.
- Zick, Andreas/Berghan, Wilhelm/Mokros, Nico 2019: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002–2018/19. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (Hrsg.): Verlorene Mitte. Bonn, 53–116.
- Zeller, Christian 2008: Globalisierung der Arbeit und der Verunsicherung. In: Geographische Zeitschrift 96: 1/2, 78–96.
- Zschocke, Paul 2019: Im Schatten der Stadt. In: Leipziger Zustände 2019. Leipzig, 68–71.

PRIF REPORT

Die PRIF Reports analysieren Hintergründe politischer Ereignisse und Entwicklungen und präsentieren wissenschaftliche Forschungsergebnisse in Deutsch oder Englisch.

Lück, Nico (2019): Lernende künstliche Intelligenz in der Rüstungskontrolle, PRIF Report 4/2019, Frankfurt/M.

Rähme, Sophie (2019): Kolumbiens Gewalt-Frieden. Zum Anstieg der Gewalt gegen soziale Aktivistinnen und Aktivistinnen seit dem Friedensabkommen 2016, PRIF Report 3/2019, Frankfurt/M.

PRIF REPORT



www.hsfk.de/PRIF-Reports
www.hsfk.de/HSFK-Reports

PRIF SPOTLIGHT

Die PRIF Spotlights diskutieren aktuelle politische und gesellschaftliche Themen.

HSFK (2019): Kein Frieden ohne Menschenrechte. Die Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2018 an Şebnem Korur Fincancı, PRIF Spotlight 9/2019, Frankfurt/M.

Coni-Zimmer, Melanie/Peez, Anton (2019): Deutschland im UN-Sicherheitsrat. Arria-Formel-Sitzungen als Instrument der Krisenbewältigung und -prävention, PRIF Spotlight 8/2019, Frankfurt/M.

PRIF SPOTLIGHT

KEIN FRIEDEN OHNE MENSCHENRECHTE

www.hsfk.de/spotlights/kein-frieden-ohne-menschenrechte

Am 18. November 2018 wurde Şebnem Korur Fincancı, die türkische Aktivistin, die sich für die Rechte von Frauen und Kindern einsetzt, mit dem Hessischen Friedenspreis 2018 ausgezeichnet. Die Preisverleihung fand am 19. November 2018 im Rahmen der Tagung 'Kein Frieden ohne Menschenrechte' statt, die von der Hessischen Landesregierung und dem Institut für Friedensforschung und Konfliktforschung (HSFK) organisiert wurde.



www.hsfk.de/PRIF-Spotlights

PRIF BLOG

Auf dem PRIF Blog erscheinen Beiträge zu aktuellen politischen Fragen und Debatten der Friedens- und Konfliktforschung. Die Blogbeiträge erscheinen in loser Folge in Deutsch oder Englisch.

PRIF BLOG

HEINRICH HEIMANN INSTITUT FÜR FRIEDENFORSCHUNG UND KONFLIKTFORSCHUNG

<https://blog.prif.org/>

PRIF Reports und PRIF Spotlights sind Open-Access-Publikationen und können kostenlos auf www.hsfk.de heruntergeladen werden. Sie möchten die digitalen Ausgaben abonnieren? Bitte wenden Sie sich an: publikationen@hsfk.de.

 www.facebook.com/HSFK.PRIF

 www.twitter.com/HSFK_PRIF

 <https://blog.prif.org/>

DANIEL MULLIS // PAUL ZSCHOCKE

**REGRESSIVE POLITIKEN UND DER
AUFSTIEG DER AfD –
URSACHENSUCHE IM DICKICHT EINER
KONTROVERSEN DEBATTE**

Zum ersten Mal in der deutschen Nachkriegsgeschichte ist mit der AfD eine extrem rechte Partei in allen Landesparlamenten, dem Bundestag und dem Europaparlament vertreten. Wie konnte es zu dieser Entwicklung kommen und warum wird sie gerade jetzt virulent? Die Autoren diskutieren die Erklärungsmuster, die bisherige Forschung bereitstellt und identifizieren Forschungslücken. Sie weisen auf regressive Tendenzen und die tiefe Verwurzelung extrem rechter Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft hin. Sie plädieren für eine qualitative Forschung, die aus einer lokalisierten Sichtweise Gesellschaft als Ganzes ‚von unten‘ in den Blick nimmt.

Dr. Daniel Mullis ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Paul Zschocke ist assoziierter Forscher an der HSFK. Sie bearbeiten zusammen das Projekt „Alltägliche politische Subjektivierung und das Erstarken regressiver Politiken. Abstiegsängste, Urbanisierung und Raumproduktionen in Frankfurt am Main und Leipzig“.